



Hallo!

»Wer heute die nächste Bundestagswahl verloren gibt, der hat schon auch die übernächste gleich mitverloren«, sagt Friedrich Merz im Gespräch mit der ENTSCHIEDUNG. Deutliche Worte all' diejenigen, die sich zur Zeit von der Augenwischerei der Regierung Schröder beeindrucken lassen. Der JU-Deutschlandtag bietet in diesem Monat die Gelegenheit, die Worte des Fraktionsvorsitzenden eindrucksvoll zu unterstützen. In gut einem Jahr beginnt der Wahlkampf um das Ende von Rot-Grün, und die Junge Union kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Daher lohnt sich ein Blick auf den politischen Gegner wie auch auf Wahlkampfmethoden im Ausland. Außerdem findet Ihr in der aktuellen Ausgabe neben der Vorstellung der ersten Merkel-Biographie auch Günter Nookes Gedanken zu zehn Jahren Deutsche Einheit.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer

philipp.missfelder@entscheidung.de



Titelgesicht Manuela (25) von der JU Berlin studiert an der Technischen Universität

manuela@entscheidung.de



Interview
mit Friedrich
Merz

4



Schwerpunkt
Medien

10



US-Wahlkampf

22

Medien-Zensor & Paradiesvogel	10
Content ist King	12
Medienordnung reformieren	13
Schöne virtuelle Welt	14
Schlagzeile macht Politik	15
Scientology – Unveränderte Gefährdungslage	21



Deutschland
digit@l

8



Zehn Jahre
Deutsche
Einheit

18



Merkel-
Biographie

26

Am Ende des grünen Marsches	24
Aufruf zur ICANN-Wahl	29
News	31
Hierzulande	32
Aktiv	34
Neue JU-Vorstände	35



Schröder strauchelt!

Schröders Rechnung, alle politischen Probleme aus den aktuellen Debatten herauszuhalten, ist fehlgeschlagen. Der Streit um den Bundeshaushalt nach der Sommerpause hat gezeigt, dass die Union Tritt gefasst hat. Nach dem Steuerdebakel und den Diskussionen um Altkanzler Kohl wird die Opposition stärker- die Union zeigt, dass sie kampagnenfähig ist. Die Wut über die Ökosteuer beweist, dass die Bürgerinnen und Bürger die rot-grüne Bevormundung satt sind. Nun gilt es, diese Schwäche der Regierung zu nutzen und unseren Politikentwurf dagegen zu setzen. Dabei müssen gerade wir als junge Generation auf einen nachhaltigen Politikansatz bestehen.

Mit dem Deutschlandtag in Koblenz führen wir die programmatische Fortentwicklung der Jungen Union fort. Das Thema Multimedia wird die Zukunft des Landes bestimmen, denn wirtschaftlicher Auf- und Abstieg werden zukünftig von dem richtigen Umgang einer Gesellschaft mit den Neuen Medien abhängen. Unser Leitantrag Deutschland digit@l ist die Diskussionsgrundlage, mit der wir das Thema innerhalb unseres Verbandes verstärkt auf die Tagesordnung setzen wollen. Diese Diskussion muss auf allen politischen Ebenen der Jungen Union stattfinden.

Neben der inhaltlichen Arbeit stehen beim Deutschlandtag auch Neuwahlen des JU-Bundesvorstandes an. Der scheidende Bundesvorstand hat in seiner Amtszeit zahlreiche inhaltliche Akzente gesetzt. Von der Europapolitik über die Familienpolitik und Rententhematik bis hin zur Medienpolitik haben wir alle aktuellen politischen Diskussionen begleitet oder waren Vorreiter in der Union. Die Grundsätze, die wir zu Beginn der Amtszeit aufgestellt haben, sind konkret in politische Konzepte umgewandelt worden: Nachhaltigkeit, Mitmenschlichkeit und Eigenverantwortung. Für die inhaltliche Ausrichtung der Jungen Union und die Amtszeit des neuen Bundesvorstandes wird auf dem Deutschlandtag die Grundlage gelegt.

Ich freue mich darauf.

Hildegard Müller

Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands

CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz greift Bundeskanzler Gerhard Schröder scharf an. Im Deutschlandtags-Interview der ENTSCHEIDUNG



Friedrich Merz attackiert Schröder

attackiert der 44-Jährige, der seit einem halben Jahr die Opposition im Deutschen Bundestag anführt, die rot-grüne Regierung und nennt die Grundlinien für den Kurs der Union.

GEORG MILDE

Erbkönig Schröder

ENTSCHEIDUNG: *Inwiefern missachtet die derzeitige Mehrheit staatliche Institutionen?*

Merz: Eine Reihe von Kollegen sagen: Wir haben in den letzten Jahrzehnten noch nie so einen parteiischen Bundestagspräsidenten wie Herrn Thierse gehabt. Ich will mir diese Bewertung nicht zu eigen machen; ich kann ihr gegenwärtig aber auch nicht widersprechen. Der Umgang uns gegenüber erfolgt auch in zweifelhaften Fällen in aller Härte – wenn es jedoch um das Finanzgebaren der Sozialdemokraten geht, herrscht eine ziemlich große Nachsicht. Stichwort Schröder und der Bundesrat: Da bekommt der amtierende Bundesratspräsident die Änderung eines Gesetzes aus dem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren – an allen Gesetzgebungsregeln vorbei – während der laufenden Bundesratssitzung durch den Saaldiner auf den Tisch gelegt. Das sind Formen des Umgangs mit unseren staatlichen Institutionen, die nicht lange gut gehen werden. Es sind nämlich nicht nur die älteren Menschen in Deutschland, die ein hohes Interesse daran haben, dass dieser Staat im Kern so bleibt, wie er aufgebaut worden ist. Gerade junge Menschen haben eine feste Beziehung zu unserer verfassten Ordnung und Demokratie und werden diesen Umgang mit staatlichen Institutionen, der letztendlich seine geistigen Wurzeln im Jahre 1968 hat, auf Dauer nicht akzeptieren.

ENTSCHEIDUNG: *Die Einwanderungskommission der Bundesregierung bietet neuen Konfliktstoff...*

Merz: Es gibt eine Person, die sich außerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestellt hat und der Meinung war, dass sie dort mitwirken sollte. Die Fraktion diskutiert das Thema

ENTSCHEIDUNG: *Wie würden sie den Regierungsstil von Gerhard Schröder beschreiben?*

Merz: Schröder steht für einen Prozess der schleichenden Entparlamentarisierung der Demokratie. Er versucht, in einer großen Zahl von nicht legitimierten Gremien politische Entscheidungen vorzubereiten und sie dann mit Brachialgewalt durch die Gesetzgebungsinstanzen zu bringen. Das geht eine gewisse Zeit gut – solange die Bevölkerung zunächst einmal die Politik von Schröder nur am Ergebnis misst. Aber auf Dauer werden sich die beiden Regierungsfractionen diese Vorgehensweise nicht bieten lassen. Unsere Aufgabe ist es, auf den Sachverhalt hinzuweisen und als größte Oppositionsfraction unsere Wächterfunktion in der Demokratie wahrzunehmen.

der Einwanderungs- und Integrationspolitik auf dem Boden eines Konzeptes von Wolfgang Bosbach. Die CDU hat eine Kommission unter Vorsitz des saarländischen Ministerpräsidenten berufen, und wir werden dazu Anfang bis Mitte nächsten Jahres auch konkrete Beschlüsse fassen – schneller und besser, als die Kommission der Bundesregierung.

ENTSCHEIDUNG: *Wie beurteilen sie das derzeitige Verhältnis der beiden Schwesterparteien CDU und CSU?*

Merz: Im Augenblick verbindet uns ein außergewöhnlich gutes Verhältnis, das sich an dem guten Verhältnis an der Spitze der Union widerspiegelt: Zwischen Angela Merkel, Edmund Stoiber und mir gibt es persönlich und sachlich keinerlei Differenzen, und wir stimmen uns in allen politischen Fragen eng miteinander ab. Die CSU hat sich in der schwierigen Phase der CDU seit November 1999 sehr solidarisch verhalten. Natürlich treibt die CSU die Sorge um, dass die CDU nicht schnell und offensiv genug zu den politischen Themen zurückfindet. Ich muss als Fraktionsvorsitzender dafür sorgen, dass wir in der gesamten Bandbreite der politischen Meinungen innerhalb der Bundestagsfraktion geschlossen auftreten und die Konzepte gut miteinander abstimmen. Denn am Ergebnis werden wir gemeinsam gemessen.

ENTSCHEIDUNG: *Welche Themen sehen sie auf der Agenda der kommenden Monate und Jahre?*

Merz: Das mediale Interesse konzentriert sich auf tatsächliche oder vermeintliche Skandale und auf einen ausschließlich mediengewandten Kanzler. Das ist aber nicht die Substanz der Politik, denn in Deutschland gibt es eine ganze Reihe von ungelösten Problemen: Die Steuerreform ist unzureichend und voller schwerwiegender Konstruktionsmängel, die Rentenreform ist noch längst nicht in trockenen Tüchern und eine Gesundheitsreform wäre erforderlich, wurde jedoch von der Bundesregierung für diese Legislaturperiode ausgeschlossen. Der Kanzler kneift bei dem Thema Ladenöffnungszeiten; angesichts der Entwicklung im E-Business eine Entscheidung mit fatalen Auswirkungen insbesondere auf den Einzelhandel. Wir müssten eine grundlegende Reform unseres Arbeitsmarktes in Angriff nehmen. Es stehen große Herausforderungen hinsichtlich der Europäischen Union an, doch das Gewicht der Bundesrepublik in der EU ist seit dem Regierungswechsel 1998 kontinu-

»Zwischen Angela Merkel, Edmund Stoiber und mir gibt es persönlich und sachlich keinerlei Differenzen, und wir stimmen uns in allen politischen Fragen eng miteinander ab.«

ierlich gesunken – es gibt beispielsweise gegenwärtig keine nennenswerten deutsch-französischen Initiativen zur Weiterentwicklung der Europäischen Union. Außerdem muss die Frage beantwortet werden, wie der Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung in Deutschland ausgestaltet werden soll. Das alles sind Themen, die die Menschen beschäftigen, doch die Bundesregierung überdeckt vieles mit dem ein oder anderen politischen Erfolg und einer nicht schlecht inszenierten Medienstrategie. Dagegen ist die Substanz in der Politik seit 1998 in wesentlichen Teilen nicht vorangekommen.

ENTSCHEIDUNG: *Auch ohne Substanz verweist Gerhard Schröder täglich multimedial auf steigende Wirtschaftsdaten und sinkende Arbeitslosenzahlen. ►*



Merz: Ich will weder den Aufschwung kleinreden noch die Entwicklung am Arbeitsmarkt überschätzen. Deutschland verzeichnet gegenwärtig ein wirtschaftliches Wachstum, das besser als im letzten Jahr, aber immer noch nicht gut genug ist. Insbesondere hält es dem Vergleich mit anderen Industrienationen nicht stand. Diese Tatsache spiegelt sich im Euro wider, der mehr als ein Viertel seines Wertes verloren hat – das beunruhigt die Leute. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt korrespondiert nicht mit einer Zunahme der Beschäftigten; die gegenwärtig abnehmende Arbeitslosigkeit ist überwiegend demographisch bedingt. Dagegen verfestigt sich das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit, die betonfest bei 1,5 Millionen liegt und auf mittlere Sicht keine Chance auf Verringerung hat. Im Gegenteil: Jedes Jahr treten rund 100.000 Hauptschüler dazu, die weder Abschluss noch Lehrstelle haben; außerdem liegt die Zahl der Studienabbrecher mittlerweile fast bei einem Drittel eines Studienjahrgangs. So wird auch in Zu-

um auf den erhofften Wahlerfolg 2002 zuzusteuern. Das geht auf die Dauer nicht gut, und daher empfehle ich uns angesichts der aktuellen Situation, die Nerven zu bewahren. Denn die Zeiten sind extrem wechselhaft. Wer heute die nächste Wahl aufgibt, der hat schon die übernächste verloren.

ENTSCHEIDUNG: *Bei den genannten Themen spielt häufig die Wirtschaftskompetenz eine zentrale Rolle hinsichtlich der Wahlergebnisse.*

Merz: Die Regierung steht gegenwärtig hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Kompetenz relativ gut dar, insbesondere durch einen Kanzler, der sich selbst »Kanzler aller Autos« nennt. Demgegenüber sind wir zurückgefallen. Das liegt allerdings bei weitem nicht allein an Ereignissen der jüngeren Zeit. Die Union hat es seit Jahren zugelassen, dass die wirtschaftspolitischen Defizite immer größer geworden sind. Ich empfinde es unverändert als den größten Fehler der vergangenen Jahre, dass die Union darauf verzichtet hat, das Bundeswirtschaftsministerium für sich zu reklamieren. Die CDU-Parteitage sind über Jahrzehnte hinweg von den Sozialpolitikern dominiert worden, und es hat keinen namhaften Wirtschaftspolitiker der Union gegeben, der auch den Kurs der Partei nachhaltig mit gestaltet

und einer rasanten Beschleunigung des Wettbewerbes betrifft. Antworten, die ein festes Fundament erfordern, müssen jetzt erst entwickelt werden. Denn wir haben ab der Mitte der neunziger Jahre eine Entwicklung ordnungspolitisch nicht mitvollzogen, die wir hätten mitgehen müssen. Ich kann mich gut daran erinnern, dass die Union in der Oppositionszeit zwischen 1969 und 1982 den Anspruch erhoben hat, die Einheitlichkeit der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der sozialliberalen Regierung entgegenzusetzen. Das war damals möglich, weil wir auch wirtschaftspolitisch einen klaren Kurs hatten, den wir insbesondere nach 1990 aus den Augen verloren haben und nun mühsam wieder zurückfinden müssen. Hätten wir rechtzeitig auf uns bekannte Herausforderungen reagiert, wären uns bis 1998 wesentliche Erfolge zugeschrieben worden, die der Bundeskanzler heute durchsetzt.

ENTSCHEIDUNG: *Welche generelle Konsequenz hat diese Einsicht für die künftige Arbeit der Bundestagsfraktion?*

Merz: Neben Antworten auf die tagespolitischen Fragen müssen wir Themen aufnehmen, die erst in den nächsten Monaten oder Jahren eine Rolle spielen werden. Zum Beispiel haben wir uns bisher zu wenig um die Frage gekümmert,

»Die Union hat es seit Jahren zugelassen, dass die wirtschaftspolitischen Defizite immer größer geworden sind.«

kunft eine größere Zahl von Menschen wegen mangelnder Qualifikation keinen Arbeitsplatz finden. Über diese Themen muss gesprochen werden, und dann wird aus dem sonnenbestrahlten Schönwetter-Kanzler plötzlich jemand, der eine ganze Reihe von Problemen ungelöst an der Seite liegen lässt, nur

hat. Das rächt sich heute bitter für uns, denn wir reden zwar immer wieder über Ludwig Erhard, haben aber kein wirklich ausreichendes ordnungspolitisches Fundament für unsere Politik – insbesondere, was die neuen Herausforderungen der Globalisierung, der Telekommunikation, der Biotechnologie

welche Dimensionen die unglaubliche Entwicklung im Bereich der Bio- und Gentechnologie für die Politik annehmen. Auf diese Herausforderungen muss die Politik schon aus Gründen ihrer Wertorientierung – wenn sie eine solche denn hat – und ihres ethischen Fundaments eine Antwort geben. Partei und



hat. Das rächt sich heute bitter für uns, denn wir reden zwar immer wieder über Ludwig Erhard, haben aber kein wirklich ausreichendes ordnungspolitisches Fundament für unsere Politik – insbesondere, was die neuen Herausforderungen der Globalisierung, der Telekommunikation, der Biotechnologie

Fraktion werden dieses Thema in den kommenden Wochen aufgreifen und verzahnt erarbeiten. Bis zur nächsten Bundestagswahl haben wir nicht mehr viel Zeit. Ab Ende 2001 wird es nur noch um den Wahlkampf gehen. Also müssen wir die verbleibende Zeit von gut einem Jahr nutzen, uns konzeptionell auf die Themen der Zukunft vorzubereiten.

ENTSCHEIDUNG: *Welche Rolle wird Helmut Kohl bei der Fraktionsarbeit spielen?*

Merz: Helmut Kohl ist Mitglied der Bundestagsfraktion und nimmt wieder an ihren Sitzungen teil. Ich habe ihn ausdrücklich gebeten, mir persönlich mit dem ein oder anderen Rat zur Verfügung zu stehen, insbesondere bei der Europapolitik. Er selbst möchte keine aktive politische Rolle mehr spielen – ich glaube, dass das auch aus seiner Sicht richtig ist. Die neue Führung muss die Möglichkeit haben, die Politik so zu formulieren, dass wir aus der Zeit der früheren Regierungstätigkeit heraustrreten und die neue Union in der Öffentlichkeit repräsentieren.

ENTSCHEIDUNG: *Die FDP war 16 Jahre lang Koalitionspartner der Union. Heute stehen die Liberalen nicht mehr unverbrüchlich an ihrer Seite.*

Merz: Zunächst einmal: Es gibt keine Koalitionen in der Opposition. Wir arbeiten mit der FDP unverändert gut zusammen; trotzdem sind wir beide eigenständige Parteien und Fraktionen. Mein Wunsch ist, dass wir im Jahr 2002 mit der FDP zusammen wieder eine Mehrheit finden, denn sie wäre der geeignetste Koalitionspartner für die Union.

ENTSCHEIDUNG: *Welche Erfolgchancen sehen sie für die Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums?*

Merz: Wir als Union haben die Aufgabe dafür zu sorgen, dass der rechte Rand nicht ausfranst. Diejenigen, die konservativ denken und den Nationalstaat hoch bewerten, müssen bei CDU und CSU eine Heimat finden – auch in Zukunft. Daher bleibt richtig, was Franz-Josef Strauß immer gesagt hat: Es darf rechts der Union nicht auf Dauer eine durch Wahlen demokratisch legitimierte Partei entstehen. Ich warne uns deshalb auch vor Aktionismus gegen die NPD oder an-



dere Formen des Rechtsradikalismus. Trotz vorhandener rechter Vorgänge, die völlig inakzeptabel weil schwerst kriminell sind, nimmt die Zahl der politisch motivierten Straftaten von rechts in Deutschland objektiv wieder ab. Und ich werde den Verdacht nicht los, dass die SPD bei allen berechtigten Anliegen hinsichtlich rechter Gewalt versucht, die Christdemokraten als Konservative bezeichnet, um diese später mit rechts und dann rechtsradikal gleichzusetzen. Dem müssen wir energisch widersprechen und daher wende ich mich gegen die Teilnahme der Union an irgendwelchen Aktionsbündnissen gegen Rechts – wenngleich ich für jedes Bündnis für Toleranz, Ausländerfreundlichkeit und Zivilcourage bin.

ENTSCHEIDUNG: *Wie soll die Union verunsicherte »Modernisierungsverlierer« ansprechen?*

Merz: Schröders Politik ohne jedes Wertefundament wird gerade bei denen auf Widerspruch stoßen, die nicht zu den Gewinnern der boomenden Aktienbörsen gehören. Wenn bei allen Veränderungen noch ein Stück Geborgenheit und Verlässlichkeit in der Gesellschaft vorhanden ist, kann dies nach meiner festen Überzeugung nur die Familie sein. Die Familie mit Kindern ist die Zelle der Gesellschaft, in der Zuwendung stattfinden kann. Mit diesem Thema setzen wir einen Kontrapunkt zu den Sozialdemokraten und ihren führenden Repräsentanten, die mit diesem Thema erkennbar nichts anfangen können und deren persönliche Lebensführung dies hinreichend zum Ausdruck bringt.

ENTSCHEIDUNG: *Und wenn Teile der Bevölkerung bei allen Veränderungen nicht mehr den Anschluss finden?*

Merz: Wir dürfen diejenigen, die hier wohnen und um deren Vertrauen wir werben, in den politisch zu entscheidenden Fragen nicht überfordern. Die Politik hat eine viel größere Kommunikationsaufgabe gegenüber breiten Wählerschichten, als dies jemals der Fall war. Wir müssen die Probleme beschreiben, bevor wir zu den Lösungen kommen. Zum Beispiel müssen wir erklären, warum wir die EU-Osterweiterung brauchen. Das haben wir insbesondere, aber die Schröder-Regierung in den letzten Jahren zu wenig getan. Diese mangelnde Vermittlung ist ein Fehler der geistigen Eliten dieses Landes.

ENTSCHEIDUNG: *Zum Schluss einige Worte zur Jungen Union...*

Merz: Die Zusammenarbeit mit der Jungen Union funktioniert schon deshalb besonders gut, weil es gelungen ist, mit deren Bundesvorsitzenden ein gewähltes Präsidiumsmitglied für den engsten Führungskreis der CDU zu gewinnen, wo Hildegard Müller eine exzellente Arbeit leistet. Zudem nimmt die JU die Themen auf, die in der jungen Generation erkennbar als wichtig angesehen werden. Die Junge Union ist wie keine andere Organisation dazu berufen, sich das Thema Zukunftschancen der jungen Generation durch Bildung zu eigen zu machen – und das ist ihr bisher gut gelungen. Daher ermuntere ich die JU, auch weiterhin provozierend an der politischen Meinungsbildung der Partei teilzunehmen. ■

»Die Junge Union ist wie keine andere Organisation dazu berufen, sich das Thema Zukunftschancen der jungen Generation durch Bildung zu eigen zu machen.«

Junge Union in der Informationsgesellschaft: von A wie „Access for all“ bis Z wie „Zuschauermarktanteil“ / Leitantrag liegt zum Download im Inside-Bereich unter www.junge-union.de bereit



Georg Fahrenschon ist stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Antragskommission.



Daniel Walther ist Mitglied im Bundesvorstand und medienpolitischer Sprecher.

Medienpolitik war eine Thema für Spezialisten. Geführt wurden die Debatten von ein paar Abgeordneten, einigen Intendanten und den Staatskanzleichefs der Länder. Als die privaten Sender begannen, den öffentlich-rechtlichen Platzhirschen Konkurrenz zu machen, gaben neuere Entwicklungen wie Konvergenz, Digitalisierung und Internet der Medienpolitik eine völlig neue Grundlage. Inzwischen widmen einige Tageszeitungen den Medien und der dazu gehörigen Politik ganze Rubriken, Ressorts und Beilagen. Mit „Deutschland digit@l“ steht auch der Deutschlandtag 2000 in Koblenz im Zeichen der Medien.

Politische Entscheidungen stehen an

Zurzeit verabschieden die Landtage den 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der eine weitere Erhöhung der Rundfunkgebühr um 3,33 Mark vorsieht. Alle 16 Landtage müssen zustimmen, damit er in Kraft treten kann. Sagt ein Landtag nein, wird die Situation unklar. Dazu könnte es aber kommen, weil sich die CDU-Fraktion in Sachsen über die Gebührenerhöhung noch keine abschließende Meinung gebildet hat. Ungeachtet dessen werden bereits die beiden nächsten Rundfunkänderungsstaatsverträge diskutiert. Die wichtigen Themen sind: einheitlicher Rechtsrahmen und Medienaufsicht für alle elektronischen Mediendienste, Fusions- und Kartellkontrolle, Werbungsbestimmungen, Konkretisierung des öffentlich-rechtlichen Grundversorgungsauftrags, Transparenz, Rundfunkfinanzierung. Vor allem Bayern dringt auf eine grundlegende Reform der Medienordnung in Deutschland.

Ein anderer medienpolitischer Schauplatz ist der Wirkungsbereich des Bundeskanzlers, der das Internet zu einem seiner Megathemen ernannt hat, dabei jedoch im Ergebnis noch nichts vorzuweisen hat: Kürzlich hat er einen 10-Punkte-Plan vorgelegt. Darin versucht er bereits in Punkt

eins, das Programm „Schulen ans Netz“ als neu zu verkaufen, obwohl dieses Programm noch von der alten Regierung initiiert worden ist. Gleichzeitig fordert er von den Ländern die Verdopplung der IT-Ausbildungsplätze, hat er doch zu seiner Amtszeit als Ministerpräsident einen ganzen IT-Studiengang in Hildesheim geschlossen! Die Junge Union muss in ihrem medienpolitischen Beschluss auf die nächsten Entwicklungen Antworten geben und gleichzeitig eine langfristige Perspektive bieten.

Junge Union und Medienpolitik

Die JU ist angesichts der anstehenden Diskussionen gut beraten, wenn sie mit dem Leitantrag „Deutschland digit@l“ – an die traditionelle Medienkompetenz in der Union anknüpfend – sich umfassend positioniert. Bereits 1995 stand das Medienthema bei der JU ganz oben auf der Tagesordnung. Mit dem Bundesvorstandsbeschluss „Medien und Verantwortung“ und dem Deutschlandtagsbeschluss „Jugend online“ schätzte die JU die weitere Entwicklung richtig ein. Im Januar 2000 hat die Junge Union mit dem Positionspapier „Herausforderung Internet“ zu den das Internet betreffenden Fragen Stellung bezogen. Auch Landesverbände wie Niedersachsen, Bayern oder Sachsen haben sich um das

Thema inzwischen bemüht. Die große Zahl von Änderungs- und Ergänzungsanträgen zum Leitantrag aus den Verbänden belegt, dass das gewählte Thema in der JU auf Interesse stößt. „Deutschland digit@l“ gliedert sich in die Kapitel „Digitale Konvergenz – Neue Rahmenbedingungen für alle elektronischen Medien“, „Neue Medien – Internet für alle!“, „Rundfunk – Ein Bekenntnis zum dualen System“, „Wissen – Produktionskraft der Zukunft“, „Arbeit“ und „Internet & Politik“.

Konvergenz

Elektronische Inhalte vereinen sich immer stärker auf einem Träger in digitaler Form (Konvergenz). Weil das Internet weitgehend dereguliert, der Rundfunkmarkt aber überwiegend reguliert ist, wird es bei den zu erwartend stärkeren Übertragungskapazitäten des Internets zu ungleichen Wettbewerbsvoraussetzungen kommen. Politische Zielsetzung aller Entscheidungen muss ein offener und wettbewerbsorientierter europäischer Markt für Kommunikationsdienste sein. Durch Deregulierung und Liberalisierung können langfristig die wirtschaftlichen Potentiale der neuen konvergenten Medienentwicklung nutzbar gemacht werden. Forderungen: Harmonisierung der Medienaufsicht, gleichberechtigter Zugang zu allen Übertragungswegen, Medienkonzentration über das Kartellrecht verhindern.

Internet

Das Internet muss für möglichst viele Bürger nutzbar gemacht werden. Die digitale Kluft zwischen Onlinern und Offlinern muss überwunden werden. Im Mittelpunkt der JU-Netzpolitik sollte die Sicherung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Internetversorgung stehen. Die Kriterien der Verfügbarkeit, Bezahlbarkeit und Qualität müssen erfüllt werden. Dazu, sowie zu den rechtlichen Anpassungserfordernissen und zum Jugendschutz enthält der Leitantrag konkrete Forderungen.

Rundfunk

Seit Anfang der 80er Jahre haben die Privaten TV- und Radiosender zu einer

deutlich vergrößerten Medienvielfalt beigetragen. Aber auch das öffentlich-rechtliche Angebot hat an Umfang gewonnen; wie auch an Rundfunkgebühr. Das aktuelle Beispiel Sachsen zeigt, dass bei der Rundfunkgebühr trotz steigender Kosten im Medienbereich eine Schmerzgrenze für den zahlenden Bürger erreicht ist. Dagegen schreiben viele Private rote Zahlen. Sie sind in Deutschland – wie sonst fast nirgendwo auf der Welt – mit der Konkurrenz eines durch die Allgemeinheit finanzierten öffentlich-rechtlichen Senderblock konfrontiert. Neben dem Ersten und dem ZDF sind das die überwiegend zu Vollprogrammen ausgebauten zehn Dritten Programme. Dazu kommen Spartenkanäle wie ARTE, 3sat, Phoenix, BR-Bildungskanal, Theaterkanal und Kinderkanal sowie diverse weitere Kanäle in den digitalen Programm bouquets. Im Hörfunkbereich werden bundesweit rund 60 öffentlich-rechtliche Programme gesendet.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der veränderten Voraussetzungen seit Gründung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erscheint eine Überprüfung als dringend erforderlich, inwieweit doppelte Strukturen noch notwendig sind. Nach eingehender Diskussion im Bundesvorstand wird eine Einstellung des ARD-Gemeinschaftsprogramms „Das Erste“ vorgeschlagen. Weitere Forderungen: Keine weiteren Werbeeinschränkungen und -verbote, Kulturabgabe pro Haushalt statt gerätebezogene Rundfunkgebühr, Auslandsrundfunk stärken.

Wissen und Arbeit

Ziel im Bildungswesen muss sein, die heranwachsende Generation auf ein Leben in der Informationsgesellschaft, im Beruf wie in der Freizeit, vorzubereiten. Deshalb muss die informationstechnische Grundausbildung für alle Schüler verpflichtend eingeführt und integraler Bestandteil der Lehrpläne werden. Um eine schnelle technische Ausstattung der Schulen mit notwendiger Hardware gewährleisten zu können, spricht sich der Leitantrag für eine erweiterte „Public-Private-Partnership“ aus. Einige weitere Forderungen: IuK-Woche, Medienpädagogik ausbauen, Schulnetze, -server, -datenbanken einrichten, Förderung des „Le-

benslangen Lernens“. Der Übergang zur Wissens- und Informationsgesellschaft bietet die Chance, die hohe Arbeitslosigkeit entscheidend zu bekämpfen. Regierung und Unternehmen müssen die neuen Herausforderungen entschlossen annehmen, damit Deutschland nicht von der internationalen Konkurrenz abgehängt wird. Dazu ist auch die Schaffung eines virtuellen Marktplatzes Deutschland hilfreich. Er soll das Ziel haben, im ganzen Land den Einstieg in den elektronischen Geschäftsverkehr zu beschleunigen und die Akzeptanz des Internets in der Bevölkerung weiter zu erhöhen. Der Bürger soll die Möglichkeit bekommen, unter einer einheitlichen Internetadresse sowohl Dienstleistungen von Behörden als auch Informationen und kommerzielle Angebote zu finden. Weitere Forderungen: Mediencampus, verkrustetes Wirtschafts- und Arbeitsrecht modernisieren.

Internet & Politik

Über das Internet wird die politische Teilhabe herausgefordert und motiviert, die Demokratie wird gestärkt. Profane Behördengänge sind von zu Hause aus möglich. Dass es so sein wird, ist nahezu unbestritten; nur der Weg ist mancherorts noch sehr unklar. Eine wichtige Grundlage für die Akzeptanz von Politik-online durch den Internetnutzer ist, dass sich alle politischen Institutionen und Beteiligten ihrer Verantwortung bewusst sind und ein das Publikum ansprechendes Internetangebot einrichten. Das Internet ist aus dem US-Präsidentenwahlkampf offensichtlich nicht mehr wegzudenken und wird auch im Bundestagswahlkampf 2002 eine wichtige Rolle spielen. Darauf muss sich die Union einstellen. Weitere Aspekte: Abgeordneten-Plattformen, Online-Wahlen, Personalausweis mit digitaler Signatur, Vorbildcharakter der Verwaltung.

Die Positionen, die für „Deutschland digit@l“ letztlich beschlossen werden, sind für alle Verbände der JU von Belang. Wir müssen sie gemeinsam einfordern, damit sie Wirklichkeit – also Real Life – werden. ■



»Schaumschläger«, »neue Kultfigur«, »wilhelminischer Sozialist«, »Schröders Medienstar«, »kulturpolitischer Pop-Star« – so unterschiedlich sind die Presseurteile über den Beauftragten für Medien und Kultur, Staatsminister Michael Naumann, den sich Bundeskanzler Schröder nach einem erfolglosen verlegerischen Gastspiel in New York in sein Kabinett holte.

lich hebt Naumann sich von seinem Vorgänger Anton Pfeifer, der eher im Verborgenen blieb, ab. Schon das gefällt manchen Feuilletonisten.

Schröder gewährt seinem Paradiesvogel, der das Aktenstudium haßt und den kommentierenden Schnellschuß liebt, absolute Narrenfreiheit. Und in der SPD-Bundestagsfraktion, wo es Naumann an Stallgeruch fehlt, gibt man sich regierungsfremd. Als die sozialdemokratische Bundestags-Kulturausschuß-Vorsitzende Elke Leonhard auf die Selbststachtung des Parlaments pochte und sich mit Naumann anlegte, mußte sie gehen, da sie von den rot-grünen Truppen isoliert wurde. Naumanns Bürokraten haben zuallererst den Auftrag, die oft unabgestimmten und unrealistischen Ankündigungen ihres zu Arroganz und hin und wieder auch Jähzorn neigenden

Medien-Zensor & Paradiesvogel

JAN H. KLAPS

Sein Arbeitsgebiet ist klein, seine Interviewfreude groß. Seine Themen sind vor allem das Berliner Kulturleben, das der Bund teilweise mitfinanziert, Medien- und Kulturfragen in Europa, Denkmalschutz, Film und der Auslandssender Deutsche Welle (DW). Seine Halbzeitbilanz ist mager, bewegt hat er wenig. Dennoch verhätscheln viele Feuilletons vor allem linksliberaler Zeitungen den neuen Kultur-Staatsminister, weil der Bund mit ihm endlich ein Signal für die Bedeutung der Kultur setze. Daß die Kultur im Haushalt finanziell eher zurückgesetzt wurde und Naumanns Konzept »weniger wäre mehr gewesen« preisend mit viel schönen Reden getarnt wird, scheint man nicht zu analysieren. Frei-

Chefs wieder einzufangen. So verriet sein Bürovorsteher Knut Nevermann einem Magazin, er habe dafür zu sorgen, daß der Staatsminister nicht wie eine Poularde gegrillt werde. Ein Satz, der ihm Ärger mit dem Kultur-Boss eingetragen haben soll.

Naumann und sein »fuck you Geld«

Naumann kokettiert unaufhörlich mit seiner Unabhängigkeit. Dem Spiegel vertraute er in verräterischer Sprache schon kurz nach Amtsübernahme sein Selbstverständnis an. Man müsse – so Naumann – immer genügend »fuck you Geld« in der Tasche haben, um jederzeit Abschied nehmen zu können. Da sei er sich mit dem Bundeskanzler einig. Auch ließ er die Öffentlichkeit wissen, mehr als eine Legislaturperiode werde er Schröders Kultur-Herold nicht bleiben. Dann wolle er wieder Geld verdienen. Eine Prahlerei ohnegleichen. Rechnet man zu dem auch nicht zu unterschätzenden Staatssekretärs-Gehalt die Pension hinzu, die Naumann nach vier Jahren bis zum Lebensende erhalten wird, ist es in seiner Berufslaufbahn mit Sicherheit nicht der schlechtbezahlteste Job. Der Öffentlich-

keit aber versucht er zu suggerieren, als verzichte er Schröder und Deutschland zuliebe auf eine Aufstockung des von ihm geschätzten »fuck you Geld«.

Einen geradezu psychopathologisch anmutenden Kampf führt Naumann gegen die Deutsche Welle, für die er in jungen Jahren als Journalist selbst gearbeitet hatte. Ihn stört, daß er wegen der Rundfunkfreiheit dort nichts zu sagen hat. Deswegen geht die Knebelung des Auslandsrundfunksenders über das Geld. Um dem neugeschaffenen Amt des Bundesbeauftragten für Medien und Kultur wenigstens einen Mini-Haushalt zuzuschachern, wurde Naumann ein Haushalt von rund zwei Milliarden Mark übertragen. Mit einem Jahresetat von 550 Millionen Mark macht die DW davon ein Viertel aus. Gleichzeitig hat Naumann die Rechtsaufsicht über die Funkhäuser in Bonn und Berlin, eine verfassungsrechtlich besonders fragwürdige Konstruktion.

Stell' Dir vor: Ein getarnter Staatsfunk ist geplant...

Als Naumann nach der gewonnenen Bundestagswahl seine teuren Wahlversprechungen einhalten und sich beim Genossen Bundesfinanzminister Lafontaine bedienen wollte, beschied ihm dieser aus seinem parteiideologischen Erfahrungsschatz: »Nimm dem schwarzen Laden Deutsche Welle 40 Millionen Mark weg«. In seinem Glück, wie leicht doch Politik ist, befolgte er diese Empfehlung. Der Sender wurde bis zum Jahr 2003 um rund 90 Millionen Mark gekürzt, was zur Streichung von 700 Stellen und zur Einstellung zahlreicher Programme führte. Kein anderes Institut der auswärtigen Medien- und Kulturarbeit wurde in dieser brutalen Weise gerupft. Gleichzeitig blamierte sich Naumann mit zahlreichen falschen Behauptungen über internationalen Rundfunk in der Öffentlichkeit und im Parlament. Rundfunkfreiheit interessierte ihn nicht. Seine massiven Interventionen wurden von DW-Intendant Dieter Weirich, den er in Verletzung seiner Rechtsaufsicht als »Problem« bezeichnete, immer wieder entschieden abgelehnt. Was mit der DW letztlich beabsichtigt ist, zeigt ein jüngst den Bundesländern zugewandenes Positionspapier zur Neugestaltung

des deutschen Auslandsrundfunks. Redakteure sollen danach »politische Überzeugungsarbeit« leisten. Für die Regierung oder für wen oder was? Eine Einladung an Missionare.

Damit nicht genug: Die Regierung will künftig »Vorgaben« für die Zielrichtung von Programmen machen, die Journalisten haben sich an »politischen Leitentscheidungen« der Regierung zu orientieren und die Programmarbeit solle eng verknüpft werden mit der Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Mit öffentlich-rechtlichem, staatsfernem, freiem und unabhängigem Rundfunk hat das alles nichts mehr zu tun. Die Umwandlung der DW in einen Staatssender wird vorbereitet. Offen wird in dem Papier auch auf die guten Beispiele von Staatssendern in den USA und Frankreich verwiesen.

... und keinen interessiert's!

Die post-sommerschläfrige und noch nach Oppositions-Themen suchende Union hat dieses Thema total verschlafen. Während die FDP sofort die Rohre auf Naumann und seine »Möchtegern-Zensoren« richtete, blieb es auf den Unions-Rängen still. Als die Regierung Kohl bei der letzten Novellierung des DW-Gesetzes den vergleichsweise harmlosen Satz vorlegte, Redakteure des Auslandsrundfunks hätten sich »bewußt zu sein, daß ihre Sendungen auch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu ausländischen Staaten berühren« können, brach ein Sturm der Entrüstung in Deutschland aus. Der heutige EU-Kommissar und damalige SPD-Rundfunkrat Verheugen sprach von »Staatsrundfunk«, »Verbreitung von Zensur«, die Gewerkschaften von »Gesinnungs-Zensur«. Was damals hemmungslos übertrieben war, hätte heute Gültigkeit.

Im Wege steht der rot-grünen Bundesregierung nur noch der zur CDU gehörende Intendant Dieter Weirich, dessen Amtszeit am 1. Dezember 2001 abläuft. Er hat den einst verschnarchten Beamten-Sender in elf Jahren auf journalistischen Kurs gebracht, modernisiert und digitalisiert, als erste öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Internet gestartet und umfassende Unternehmensreformen durchgezogen. Bei der letzten Intendantenwahl ist er deshalb auch einstim-

mig wiedergewählt worden. Jetzt wird die rot-grüne Machtübernahme vorbereitet. Der oder die »Neue« soll Staatsfunk machen. Eigentlich bräuchte man dazu gar keinen Intendanten. Naumann könnte aus Ersparnisgründen das Amt gleich selbst übernehmen.

Inzwischen sind Naumanns Luftblasen praktisch alle geplatzt. Die Buchpreisbindung, von Naumann als Erfolg gerühmt, ist im Internet-Zeitalter ohnehin »passé«. Bertelsmann-Vorstandschef Middelhoff hatte öffentlich darauf

Wie Staatsminister Michael Naumann die Deutsche Welle drangsaliert



Im Sommer 2000 konnte sich Naumann richtig freuen: die SPD-Politikerin Leonhard legte »wegen unüberbrückbarer inhaltlicher Gegensätze« mit dem Staatsminister den Vorsitz im Ausschuß nieder.

hingewiesen, ließ sich dann aber zurückpfeifen, um andere Verlage und die Regierung nicht zu verärgern. Das großspurig angekündigte »Bündnis für den Film« ist nach Einschätzung aller Beteiligten gescheitert. Bleiben die Berliner Kulturprojekte, für die Naumann gnädig den Staatssäckel öffnet. Das chronisch haushaltsschwache Berlin und sein Kultursenator sind auf die Gelder der Bundesregierung angewiesen. Wie ein Feudalherr stolziert er durch Interviews und greift in Institutionen ein. Würde das ein Kultur-Staatsminister einer bürgerlich geführten Regierung machen, die Feuilletons würden überquellen von Mahnungen vor Eingriffen in die Freiheit von Kunst und Kultur. ■

klaps@entscheidung.de

Content ist King

Worin erkennt man morgens am Flughafen Medienleute und Politiker? Ganz offen oder eher versteckt greifen sie zur BILD-Zeitung. Noch vor der Lektüre der Medienseite der Süddeutschen Zeitung bei den Medienleuten und der Regionalzeitung bei den Politikern werden die Themen der Massenzielgruppen geprüft.

Inhalte aus den Bereichen Information und Unterhaltung (das ist Content!) für die Massen stehen im Mittelpunkt des Interesses von Medien, Marketing und Politik. Damit werden die größten Umsätze erzielt und damit werden Wahlen gewonnen. Der amtierende Bundeskanzler hat dies genauso verinnerlicht wie die Programmchefs erfolgreicher Fernsehsender. Der Blick auf Reichweiten, verkaufte Auflage, Quoten und Prozente gehört zum Alltag. Content muss langfristig geplant, entwickelt und eingekauft werden. Content ist teuer. Kurzfristig kann nur der Sendeplatz optimiert werden. Ressourcen für erfolgreichen Content müssen gesucht, entwickelt, motiviert, gepflegt und gut entlohnt werden. Kurzfristige Zukäufe bringen nicht den Durchbruch – aktuelles Beispiel: Der Sender tm3 hat mit dem Content Champions League eine Bruchlandung gemacht. Content ist King.

Die gesamte Fernsehbranche steht nach Jahren des Wachstums vor einer Konsolidierung. Ein Wachstum der Werbeumsätze war in den letzten beiden Jahren nur noch Dank des Geldregens vom Neuen Markts in Frankfurt bei Start ups und der Verflüssigung von Monopolgewinnen bei Telekommunikationskonzernen zu realisieren. Aber nun schreitet die Konzentration auf Anbieter- und Nachfrageseite von Werbekontakten weiter voran. Bertelsmann hat neben RTL, RTL2, SuperRTL auch VOX ins Portfolio genommen und denkt über einen Einstieg bei n-tv nach. Alternativ steht ein eigener Nachrichtensender der RTL-Gruppe zur Debatte. Kirch hat ProSieben und SAT.1 fusioniert und schickt

diese im Paket mit Kabel1 und ihrem neuen Nachrichtensender N24 ins Rennen. Jede Gruppe optimiert ihre Vermarktungsorganisationen und rüstet sie für das Zukunftsgeschäft mit der zusätzlichen Vermarktung aller Inhalte über neue Vertriebswege wie Internet, Handy/PDA (Stichwort UTMS) usw. Auf der Seite der Nachfrager fusionieren Mediaagenturen und Unternehmen.

Das hat Auswirkungen für den Content. Der »war for eyeballs« wird härter und geht in eine neue Runde. Darum geht es in diesem Spiel: Reichweiten in relevanten (=vermarktbar) Zielgruppensegmenten. Das ist kein Geheimnis und auch nicht weiter bedenklich, solange einige Regeln eingehalten werden. Diese Regeln muss die Medienpolitik vorgeben und ihre Einhaltung überwachen. Leider verstehen viele Politiker nicht, worum es dabei wirklich geht: Mit Emotionen und Informationen können die meisten Menschen beeinflusst werden, ohne dass es ihnen bewusst ist. Um dies in einem akzeptablen Rahmen zu halten, müssen die Rahmenbedingungen definiert werden. Beim Thema Medien sind zum ersten Wettbewerb (wie in der Politik), zweitens Medienerziehung (analog des Schulfachs Politik) und drittens Regeln für die Inhalte (wie für politische Inhalte), zum Beispiel das Verbot von »Product Placement« notwendig. Es ist erschreckend, dass sogar der öffentlich-rechtliche Kinderkanal inzwischen Product Placement verkauft. (Eigentlich werden doch die Rundfunkgebühren erhoben, damit es erstens nicht nur vermarktbar Content für den Massengeschmack und zweitens werbefreien Content für



Kinder gibt.) Die Trennung von Programm und Werbung muss so lange wie möglich eingehalten werden, denn auch mit guter Medienerziehung ist deren Vermischung schwer zu erkennen. Der Jugendschutz ist enorm wichtig, denn Medienerziehung braucht Zeit. Das muss der Fokus der Medienpolitiker sein. Die Zeit drängt. Der Zugang zu Programmanbietern, die sich nicht an die Regeln halten müssen oder werden, wird in absehbarer Zeit für das Massenpublikum nicht mehr verhindert werden können. Bis dahin muss die Medienerziehung funktionieren. Darum geht es. Aber einige Ministerpräsidenten machen mit der Medienpolitik lieber nur Standortpolitik.

Bei der Auswahl aus dem Content sind die Zuschauer der Souverän. Sie entscheiden über Reichweiten, verkaufte Auflage, Quoten und Prozente. Die Verpackung ist wichtig, aber Content ist King. Und das ist gut so. Massenmedien und Volksparteien sollten diese Entscheidung akzeptieren und relevanten Content anbieten – vielleicht tut es der CDU gut, wenn in der JU neben der FAZ und dem Bayernkurier auch mal die BILD-Zeitung gelesen wird. ■

*Patrick Warnking war von 1992 bis 1998 Mitglied im JU-Bundesvorstand und medienpolitischer Sprecher
e-mail: warnking@entscheidung.de*



Patrick Warnking

DR. THORSTEN GROTHE

Medienordnung reformieren

So ist in Deutschland die durch Rundfunkstaatsvertrag und Mediendienste-Staatsvertrag vorgesehene unterschiedliche Regulierungsdichte von Rundfunk und Mediendiensten nicht mehr nachzuvollziehen. Viele über das Internet zugängliche Abrufdienste stehen schon heute in einem publizistischen und wirtschaftlichen Konkurrenzverhältnis zum klassischen Rundfunk, werden aber in weit aus geringerem Ausmaß reguliert. Dieses macht sich vor allem mit bei den Regelungen zur Werbung bemerkbar. Die Leitidee für die Zukunft muss es demgegenüber sein, medien-spezifische Regulierungen konsequent abzubauen und den grundgesetzlich geschützten Freiheitsrechten Priorität vor staatlicher Regulierung und Kontrolle einzuräumen.

Notwendige Schritte einleiten

Dafür bedarf es letztlich eines Rechtsrahmens, der die Medien im wesentlichen den Vorschriften der Allgemeinen Gesetze unterstellt und auf Sonderregimes medienbezogener Regulierung weitgehend verzichtet. Eine solche ordnungspolitische Vision aber wird sich nicht sofort realisieren lassen. Es ist allerdings notwendig, ohne weiteren Zeitverzug erste Schritte in diese Richtung einzuleiten.

Die elektronischen Medien in Deutschland und in Europa sind konfrontiert mit einer Vielzahl von Regelungen, die sich an überholten Leitbildern orientieren und die dynamische Entwicklung dieses Bereiches behindern. Digitalisierung, Globalisierung und Konvergenz der Medien aber erfordern ein Umdenken der Ordnungspolitik. Notwendig ist eine umfassende Modernisierung und Liberalisierung des Regulierungsrahmens, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Medienindustrie auch in Zukunft zu gewährleisten.

Erstens sollte als Einstieg in die überfällige Reform der Medienordnung ein einheitlicher rechtlicher Rahmen für alle elektronische Medien geschaffen werden, der die Integration der unterschiedlichen Regelungswerke der elektronischen Medien in der Zuständigkeit der Länder ermöglicht. Ein solcher »Medienstaatsvertrag« muss auf liberaler Grundlage die Regulierung auf das zur Erreichung ihrer wesentlichen Ziele notwendige Maß reduzieren und insbesondere die bestehenden Schief-lagen der unterschiedlichen Regulierung vergleichbarer Dienste, seien es Rundfunk- oder Mediendienste, beseitigen.

Die gegenwärtige starre Unterscheidung zweier Regelungswerke behindert die Entwicklung der elektronischen Medien, da eine Rechts- und Planungssicherheit für die Anbieter letztlich nicht gewährleistet ist. Aufbauend auf dem Grundsatz der Zulassungsfreiheit sollten einheitliche liberale Regelungen unter anderem für Werbung, Jugendschutz und Konzentrationskontrolle durchgesetzt werden. Der VPRT wird Anfang November einen Vorschlag für einen neuen Medienstaatsvertrag zur Diskussion stellen.

Zweitens gilt es, endlich den Auftrag gebührenfinanzierter Rundfunkanstalten quantitativ und qualitativ konkret zu definieren. Die mit öffentlichen Gel-

dern finanzierte Expansion von ARD und ZDF in rundfunkfremde Märkte führt zu Wettbewerbsverzerrungen, die das Engagement privater Medienanbieter nachdrücklich behindern.

Transparenz der öffentlichen Mittel

Da der öffentlich-rechtlichen Expansion politisch kaum Grenzen gesetzt werden und eine hinreichende Transparenz über die Verwendung der öffentlichen Mittel – zur Zeit knapp elf Milliarden, ab 2001 wohl 12,5 Milliarden DM jährlich – nicht gegeben ist, mangelt es an Planungssicherheit für private Anbieter. Diese können die Marktentwicklung und ihre Wettbewerbschancen nur schwer einschätzen, wenn öffentliche Unternehmen mit gebührenfinanzierten Quersubventionen in originär privatwirtschaftliche Märkte eindringen.

Schließlich ist mehr finanzielle Transparenz auf öffentlich-rechtlicher Seite vonnöten, um den Missbrauch von öffentlichen Geldern für nicht-öffentliche Zwecke zu unterbinden und endlich faire Wettbewerbsbedingungen auch für private Anbieter zu schaffen. Immerhin: Die von der Europäischen Kommission verabschiedete finanzielle Transparenzrichtlinie gibt hier Anlass zur Hoffnung. ■

autor@entscheidung.de



Dr. Thorsten Grothe
Leiter Medienpolitik beim Verband privater Rundfunk und Telekommunikation e.V.
www.vprt.de

Schöne virtuelle Welt

Die optische Botschaft ist der politische Erfolg

RALF WEIDNER

Einerseits die Spendenaffäre bei der CDU, die keinen Anlass gab, Angela Merkel scherzend und winkend zu erfahren, andererseits eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, solide Konjunktur, Bundesratsfolge, UMTS-Erlöse erster Güte. Beim näheren Blick gestaltet sich die Analyse jedoch nicht so einfach. Punkt für Punkt, der es so nahe liegend erscheinen lässt, dass Schröder lächelt, ist nicht logische Konsequenz seines politischen Handelns – die pekuniären Lockrufe an gewisse Landesväter und -vettern einmal ausgenommen. Und die Union, die im letzten Jahr noch von Wahlsieg zu Wahlsieg eilte, hat trotz aller finanzbuchhalterischen Verstöße der Vergangenheit so viel an soziologischer und programmatischer Substanz, dass Untergangsstimmung überzogen ist. Es sei die konstruktive und erfolgreiche Sachpolitik, die Schröder so erfolgreich erscheinen ließe, erklärte Regierungssprecher Heye in der Sommerpause. Da sei kein Spindocto nötig. Wie wäre die Antwort wohl vor einem Jahr ausgefallen?

Politischer Erfolg setzt sich vor allem aus zwei Faktoren zusammen. Zum Einen aus Taten, die ex post als für das Gemeinwohl förderlich erscheinen. Zum Anderen aus Taten, die die berühmt berüchtigte Sonntagsfrage bestimmen. Mit erstem Faktor hat die Union als die Kraft zur deutschen Einheit und zur europäischen Einigung kein Problem – es sei denn, sie selbst stellt dies in Frage – ist Altkanzler Kohl erfolgreich. Nur, die Sonntagsfrage wird dadurch marginal bestimmt. Was also bestimmt die Sonntagsfrage? Gute Politik oder ein Lächeln? Man kann nicht allen Ernstes behaupten, Gerhard Schröder drücke Deutschland in der Sachpolitik seine eigene Handschrift auf. Vielmehr lebt er zur Zeit sehr gut von den demografischen Effekten des Arbeitsmarktes, Privatisierungserlösen, Exportboom wegen Euro-Schwäche usw. Diese Mitnahmeeffekte werden ermöglicht durch die optische Botschaft: Schröder. Schröder war schon zu schlechteren Zeiten Gast bei »Gute Zeiten – schlechte Zeiten«, einer RTL-Soap, lud eine Seniorin bei Gottschalk vor einem 15-Millionenpublikum live zur Mitfahrt in seiner Kanzlerlimousine ein (um sie an der nächsten Kreuzung wieder auszusetzen, allerdings ohne Gegenwart von Kameras).

Nun steht noch immer der versprochene Auftritt bei Harald Schmidt aus, denn seinerzeit riet man ihm, doch nicht ständig bei Soaps und Shows aufzutreten. Doch er lächelt, scherzt, winkt vor, nach und bei Konferenzen und Empfängen. Schröder in edlem Zwirn, über den sich keiner mehr echauffiert, die Krawatte stets (!) passend zum Hintergrund. Wohl kaum ohne Spindoctors. Farbliche Harmonie, Analogie zwischen Anlass und Mimik – Gestik werden keinem Zufall überlassen. Traue-

randacht anlässlich des Concorde-Unglücks und Auftritt bei der EXPO innerhalb weniger Stunden, Krawatte und Mimik werden gewechselt, Schröders Optik stimmt wie beim Drei-Wetter-Taft. Schröder wird zur Botschaft, der Anlass wird zur Nebensache. Schröder ist eingepackt in einer schönen virtuellen Welt. Da fällt der Mangel an Sachaussage scheinbar kaum noch ins Gewicht. In der Wirkung ähnlich, wie die kleine Praline, die auf der edlen Yacht dem nach Luxus und Abkühlung lechzenden Publikum eisgekühlt serviert wird. Während dessen müht sich die Union redlich die besseren Konzepte zu erar-

Lässt man die Politik der letzten Monate vor seinem geistigen Auge vorbei flimmern, dann sieht man allzu häufig eine nicht gerade glücklich und nicht gelassen wirkende Angela Merkel vor sich. Gerhard Schröder lächelt, scherzt und winkt. Bedenkt man die Ereignisse jüngerer Vergangenheit, so erscheint diese optische Erinnerung schlüssig.

beiten und über Tageszeitungen ins menschliche Bewusstsein zu rücken – was sich in Sonntagsfragen allerdings nicht positiv widerspiegelt. Zur Zeit ist die Union mit dem Kopf erfahrbar, Rot-Grün mit dem Auge und dem Herzen. Ein Werbespot belegt, dass du raus bist, wenn du mausgrau aussiehst, magst du noch so gut singen.

Konkret: Die Repräsentanten müssen ihren Blick auf die Wirkung der elektronischen Medien richten, speziell ihre eigene Wirkung. Zum Hintergrund passendes Outfit, mehr Lächeln, Lockerheit. Die Zeiten des daumenhebenden Politikers ist vorbei. Das Bild ist die Botschaft. Diese Erkenntnis, gepaart mit der besseren politischen Alternative, ist unschlagbar. Um dies auszuprobieren, gibt es immer Möglichkeiten – den Deutschlandtag zum Beispiel. ■

weidner@entscheidung.de

Fast sind die Bilder schon wieder vergessen: Wolfgang Schäuble auf dem Weg zur Pressekonferenz in die damals provisorische Berliner CDU-Zentrale. Dutzende von Reportern stürzen sich mit Mikros und Kameras auf ihn. Sein Rollstuhl wird fast umgestoßen. Seine Bodyguards bahnen ihm den Weg durch die aufgeschreckte Journalisten-Schar. Damit muss ein Mann des öffentlichen Lebens rechnen, sagen die einen. Das ist Menschenverachtung pur, sagen die anderen.

SCHLAGZEILE

macht Politik

MARTIN BLACH

Folgt nun wieder ein moralisches Referat gegen die bösen Medien und die guten armen (Unions-)Politiker? Nein. Zumindest aber muss die Frage erlaubt sein, warum es solche Szenen gerade nach dem Regierungsumzug nach Berlin verstärkt gibt. Das naheliegendste ist die gestiegene Anzahl der Medien und damit auch deren Vertreter – vor allem aber der gestiegene Konkurrenzdruck. Allein die Zahl macht jedoch nicht die neue Dimension aus. Es ist eine neue Generation von Journalisten, die häufig das Maß verloren hat; die den sogenannten Ehrenkodex aufgibt.

Sensation ohne Recherche

Welcher Journalist macht sich heute noch die Mühe oder hat die Zeit, bestimmte Sachverhalte selbst zu recherchieren. Warum auch? Es gibt »Ticker«, die übermitteln die Meldung doch perfekt formuliert. Die Bedeutung der Presseagenturen steigt stetig. Oft gilt die Journalistenweisheit nicht mehr – eine Quelle ist keine Quelle. Nun gilt: »Das hat doch 'ne Agentur gemeldet.« Auch dazu ein Beispiel aus der Spendenaffäre:

Im vergangenen Januar kam die Meldung auf den »Markt«, Altkanzler Kohl wolle die Spendernamen nennen. Eine Agentur meldet diese Sensation ohne jede Recherche. Innerhalb von Minuten ziehen die anderen nach. Bis sich herausstellt, dass es ein Fax ohne jeden Briefkopf und vernünftigen Absender war.

Dieses Exempel zeigt, dass es eben nicht nur um die Meldung an sich geht: Schon allein die Spekulation ist die Meldung.

Aber wie soll es auch anders sein. Wer oder was ist Journalist?

Eigentlich darf sich jeder Bundesbürger, der es einigermaßen geschickt anstellt, Journalist nennen. Es gibt keine einheitliche Prüfung oder Zertifikat, das jemanden dazu befähigt öffentliche Meinung zu bilden. Oft ist man sich seiner Verantwortung nicht bewusst, die man als Journalist hat – dass mit der Schlagzeile Stimmung gemacht wird.

Beispiel: Bush

Und in diesem Umfeld ist es unser Auftrag, Politik zu gestalten und zu vermitteln. Im Bewusstsein, dass die Abhängigkeit zwischen Politik und Journalisten immens ist. Die Politik braucht die Medien. Ohne die Medien erreichen wir den Bürger nicht. Wir brauchen die Medien als kritische Vermittler. Die 20 Sekunden eines O-Tons, die richtige Krawatte oder der falsche Haarschnitt in der Tagesschau entscheiden auch über Stimmungen im Land.

Ein Beispiel für die Doppelmoral im Umgang mit Journalisten lieferte kürzlich George W. Bush im US-Präsidentenwahlkampf. In dem Land, wo die Politik eine einzige Politshow ist, wo sich die Länge des Kusses von Al Gore und seiner Frau in zweistellige Prozentzuwächse bei den Umfragen niederschlägt. In diesem Land machte Bush einen Fehler auf einer Wahlkampfveranstaltung. Bush merkte nicht, dass die Mikrofone »on air« waren. Er titulierte einen angesehenen Journalisten der New York Times als »Major League A...hole«.

So heftig dieses Zitat auch klingen mag, es zeigt die Hassliebe zwischen den Medien und Journalisten bis hin zum Verlust des gegenseitigen Respektes. Übrigens: Das Ergebnis des Medienüberfalls auf Schäuble waren Absperrgitter der Polizei. Beide Seiten wurden getrennt. Eine Seite sitzt also im Käfig. Welche entscheidet der Blickwinkel. ■

blach@entscheidung.de



Martin Blach

Interview Erwin Huber

ENTSCHEIDUNG: Welche Rolle spielt Bayern im internationalen Wettbewerb der Medien- und Informations-Standorte?

Huber: Bayern belegt einen internationalen Spitzenplatz. 36 Prozent der deutschen Rundfunkanbieter haben ihren Sitz in Bayern, fast 30 Prozent aller Beschäftigten der bundesweiten Privatsender arbeiten in Bayern. München belegt im Multimediabereich bundesweit noch vor Berlin und Köln den ersten Rang. München ist nach New York die bedeutendste Buchverlagsstadt der Welt. Gemeinsam mit dem Großraum London ist der Freistaat der bedeutendste Standort für die Informations- und Kommunikationstechnologie in Europa. Allein in München und Nürnberg arbeiten mehr als 200.000 Beschäftigte in dieser Branche. Nicht umsonst hat Bayern die geringste Arbeitslosigkeit in Deutschland.

ENTSCHEIDUNG: Ist das bayerische Bildungssystem ausreichend auf die Anforderungen im Bereich Neue Medien vorbereitet?

Huber: Auch bei der Ausbildung nimmt Bayern eine Spitzenstellung ein. Im Rahmen unserer High-Tech-Offensive stärken wir zusätzlich die Ausbildung in Informatik und Softwareentwicklungen. Wir fördern hochschulübergreifende Kooperationen und haben neue Studiengänge im Bereich Neue Medien geschaffen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Aus- und Fortbildung an modernen Multimediaakademien. Zusätzlich haben wir zur Stärkung der Aus- und Fortbil-

dung im Medienbereich den Medien-Campus Bayern e.V. gegründet. Zu seinen Kernaufgaben gehören die Abstimmung und Verzahnung der vielfältigen Aus- und Fortbildungsangebote in Bayern untereinander.

ENTSCHEIDUNG: Wie fördert der Freistaat Gründer in der Medienbranche?

Huber: Mit dem Gründerzentrum für Neue Medien auf dem Medien-Campus Unterföhring verfügt Bayern über das erste technologieorientierte Gründerzentrum dieser Art in Deutschland. Es unterstützt Existenzgründer und Jungunternehmer aus dem gesamten Bereich von Multimedia bis Business-Communication und von Programmproduktion bis zu Netzwerkdienstleistungen. Bereits zur Eröffnung im Juli dieses Jahres war das Gründerzentrum voll ausgebucht. Auch das breite Angebot an Risikokapital in Bayern ist ein entscheidender Faktor für die große Zahl an Existenzgründungen. Es ist kein Zufall, dass 30 von Hundert der am Neuen Markt notierten Unternehmen in Bayern ansässig sind. Auch unsere neu gegründete bayerische Agentur für Medien, Informations- und Kommunikationstechnologie, BayernMIT, kümmert sich um die Ansiedlung innovativer Unternehmen aus dem Medien- und IuK-Sektor in Bayern. Sie wird als Ansprech- und Servicepartner beraten, Kontakte herstellen und Zugang zu Förderprogrammen, Finanzierungsmöglichkeiten und Lizenzen vermitteln. Unser Ziel ist klar: Wir wollen das Medienland Nummer Eins in Europa werden. ■

Von der Gefahr einer Kluft zwischen »onliners« und »offliners«

Das Internet wird uns in die Zukunft als chancenreiches Medium begleiten. Gerade der jungen Generation werden dadurch Perspektiven in ungeahntem Ausmaß eröffnet. Man muss heute »online« sein, um mit der Entwicklung Schritt halten zu können. Aufgabe der Politik ist es, damit auch die ungleichen Startschwierigkeiten derer zu berücksichtigen, die auf den Internetzug noch nicht aufgesprungen sind. Je schneller der Zug in die Zukunft fährt, desto schwieriger wird es für »Neueinsteiger«

Internet: »Gebt allen die Chance«

mitzukommen. Das Aufholen wird zunehmend schwieriger. Bei jungen Menschen mag das noch leichter sein als bei älteren. Das Einkaufen im Netz kann eine riesige Erleichterung darstellen, aber wenn man zum einen die technischen Möglichkeiten oder zum anderen das Wissen dazu nicht hat, können schnell Menschen ausgegrenzt sein. Darum müssen Zugangshürden noch stärker abgebaut werden. Ein billigerer Anschluss, eine preiswertere Ausstattung sind nur die eine Seite, der Erwerb von Wissen, psychologische Barrieren stellen die andere Seite dar.

Hier kann ein aktives Bürgerengagement in der Gesellschaft die richtige Ergänzung sein. Die Ressourcen in der jungen Generation werden vor allem von Verbänden, Vereinen oder Initiativen noch zu wenig genutzt. Junge Köpfe sind da am Werk, die einer Gemeinschaft vor Ort das Internet nahe bringen



Erwin Huber, MdL Staatsminister und Chef der bayerischen Staatskanzlei

können. Die Gruppe lernt den ersten Schritt, dabei werden Hürden abgebaut und die jungen Cracks entdecken sich als Referenten und erwerben dadurch wichtige Teamerfahrungen.

Die Junge Union muss verstärkt dafür einsetzen, dass die Kluft zwischen Netzzugangsbesitzern («onliners») und Netzzugangsbesitzlosen («offliners») nicht zu heftig wird, um nicht in weiter Zukunft eine Zwei-Klassen-Internet-Gesellschaft vorzufinden. ■

Andreas Scheuer

JU-Deutschlandrat

Mitglied der CSU-Grundsatzkommission

Internet und Politik – eine Liebesheirat?

Seit Jahren streiten Politiker, Kommunikationswissenschaftler und Philosophen, was das Internet für unsere gesellschaftliche Entwicklung bedeutet. Die einen erwarten für unsere Demokratie einen gewaltigen Schub: Sie sehen eine Stärkung der radikal-demokratischen Idee, hin zur direkten Demokratie.

In dieser Demokratie »back to the roots« soll alles »von unten« organisiert werden, der staatliche Überbau könnte praktisch entfallen. Spätestens hier dürfte jedem klar sein, in welcher geistigen Tradition die Verfechter dieser Idee stehen.

Und es gibt Bremser, denen die Entwicklung zu schnell voranschreitet. Sie warnen vor allem vor den Folgen der »totalen Anarchie«, vor den Auswüchsen der »Mediendemokratie«

und vor der Manipulierbarkeit der Massen im Cyberspace.

Neue Gemeinschaften bilden

Die Wahrheit liegt wohl – wie so oft – dazwischen. Für eine politische Jugendorganisation wie die JU ist es daher wichtig, das künftige Verhältnis von Internet und Politik frei von ideologischen Extremen abzuschätzen. Denn es geht nicht nur um gesellschaftliche Veränderung, sondern auch um die eigene Zukunft. Bereits heute ist zu beobachten, daß sich auf lokaler wie globaler Ebene viele neue Gemeinschaften bilden, die sich über das Netz zu Interessengruppen, Bürgerinitiativen oder sonstigen »communities« zusammenschließen.

Gemeinsam ist diesen neuen Gruppierungen: Sie brauchen die »klassische Politik« nicht mehr, um ihre Forderungen zu artikulieren – und sie schaffen sich einen neuen »vopolitischen Raum«, in dem die etablierten Parteien (noch) nicht vertreten sind. Wir dürfen diese Entwicklung nicht verschlafen, denn es geht um unsere ureigene Domäne, um die Verwurzelung in den kleinen Gemeinschaften vor Ort.

JU ganz vorne

Die JU Deutschlands hat die »digitale Zukunft« als erste politische Organisation zum Leitthema gemacht. Wir müssen diesen Vorsprung nutzen und uns an die praktische Umsetzung vor Ort machen. Künftige Parteiarbeit findet nicht nur an Stammtisch und Infostand, sondern auch im Internet statt. Wir müssen dorthin gehen, wo sich die Bürger aufhalten – in der interaktiven Zukunft können das viele Stellen sein. ■

Markus Blume

JU-Deutschlandrat

Mitglied des CSU-Parteivorstands

Die E-University ausbauen

Das Internet bietet neue Chancen für das Bildungsangebot der Zukunft. Wissen kann sofort, beliebig oft, zu jeder Zeit und an jedem Ort abgerufen werden. Der klassische Frontalunterricht wird damit ergänzt – vielleicht sogar auf Dauer ersetzt – durch didaktisch aufbereitete multimediale Lehrinhalte.

Das heißt: Die traditionelle Hochschule wird zur E-University. Neben der Lehre entlastet das Internet durch virtuelle Propädeutikveranstaltungen und Tutorien in den Massenfächern. Den Start dafür liefert die Virtuelle Hochschule Bayern. Als Kernstück der digitalen Hochschulentwicklung kann sie diesen Auftrag leisten. Daher gilt es, die dauerhafte Finanzierung in organisatorischer aber auch personeller Sicht zu gewährleisten. Wichtigster Punkt für die Akzeptanz im Lehrbetrieb ist die einheitliche Anerkennung der internet-spezifischen Module in den Studienplänen. Daher bedarf es einer Zertifizierung der virtuellen Angebote. Neben der Implementierung von virtuellen Einheiten in allen Studienfächern sollten neue Studiengänge wie der »Master of Electronic Business« entwickelt werden. Zudem können über Chats wissenschaftliche Symposien bis hin zu Ideenbörsen unter Studenten entstehen. Die Hochschulszene wird damit zu einer netcommunity. Eine Innovationsoffensive der Hochschulverwaltung ist unausweichlich: Es sollten Infos über Veranstaltungen, Klausurergebnisse oder Terminänderungen im Uninetz abrufbar sein. Der Weg hin zur E-University ist im internationalen Kontext klar. ■



Markus Söder, MdL
Landesvorsitzender
der Jungen Union
Bayern

10 Jahre DEUTSCHE EINHEIT

Ist es eigentlich nur ein Vorurteil, wenn es heißt, die Deutschen könnten nicht richtig feiern? Wer die Diskussionen über die anstehenden Staatsakte, Parlamentsdebatten, Parteiveranstaltungen etc. zum zehnten Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung verfolgt hat, wird diese Sicht auf die freudlosen Deutschen eher bestätigen müssen. Warum aber könnten wir uns aus vielen Gründen über diesen Tag freuen?

Das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz der Bundesrepublik, das den staatsrechtlichen Rahmen für die Einheit bot, war die eine Seite. Die andere Seite aber war die friedliche Revolution der Ostdeutschen, denen es gelang, die kommunistische Diktatur zu beseitigen. Man muss nicht in Pathos verfallen, sondern kann auch ganz nüchtern feststellen: Diese friedliche Revolution des Herbstes 1989 in der DDR war auf deutschem Boden die einzige Massenbewegung, deren Forderungen nach bürgerlichen Freiheiten auch erreicht wurden, mithin also erfolgreich abgeschlossen wurde! Natürlich gehört zur Erklärung unbedingt dazu, dass die Entwicklungen in der damaligen Sowjetunion unter Gorbatschow den Rahmen für einen friedlichen Verlauf der Massendemonstrationen boten. Aber das schmälert die Leistungen der Ostdeutschen in keiner Weise. Darüber können sich die Deutschen links und rechts der Elbe gleichermaßen freuen. Ich hätte in diesem Zusammenhang auch nichts gegen ein wenig Pathos. Ein Charakterzug der Nachkriegsdeutschen besteht ohnehin darin, schnell wieder zur Tagesordnung überzugehen. Falschen Pathos mit der Gefahr zur Übersteigerung kann ich jedenfalls nicht attestieren.

Nun will ich eigentlich keine Diskussion darüber entfachen, ob der 3. Oktober das richtige Datum für unseren nationalen Feiertag ist. Wenn wir Deutschen diesen Tag als wirklichen Glückstag unserer Geschichte annehmen, dann heißt das ja

normalerweise nicht, dass all die Stationen, die unmittelbar dahin führten, vergessen werden. Aber in den letzten Monaten zelebrierten die Deutschen die Diskussion über ihren Feiertag ausgesprochen buchhalterisch: Rednerlisten, Feierorte und Einladungsverteiler, das ist es, was uns zu bewegen scheint. Oder sind es nur einige wenige, die hier die Diskussion beherrschen und ein solches, wie ich finde, betrübliches Bild abgeben? Nach der verfahrenen Situation über die Rednerliste zum offiziellen Staatsakt in Dresden ist es gut, dass die Parteiführung der CDU mit der Feier am ersten Oktober im Berliner Haus der Wirtschaft einen Weg gefunden hat, Helmut Kohl als dem Kanzler der Einheit in würdiger



Günter Nooke, MdB

GÜNTER NOOKE

lativiert, wenn ich historische und politologische, aber auch ökonomische Fachbücher aus den achtziger Jahren lese, die eine solche Ausschließlichkeit jeweils über viele Seiten hinweg begründeten. Zum Glück waren die Ostdeutschen nicht so geduldig, wie das Papier namhafter »Zeitgeist«-Schreiber im We-

der zu gratulieren. Allerdings nur aus einem Grund. Obwohl für ihn und seine Partei »blühenden Landschaften« bis 1998 das Reizwort schlechthin gewesen ist, wenn es um die Politik der Union für die neuen Länder ging, blieb ihm nichts anderes übrig, als sich bei seiner Sommerreise vielfach vor eben diesen blühenden Landschaften ablichten zu lassen. Er sonnte sich gern in den Erfolgen der Ostdeutschen bei der Umgestaltung ihrer Wirtschaft und Umwelt. Am dritten Oktober können wir ohne Scheu ein Gläschen Wein trinken, in das kein Wasser gegossen werden muss. Danach wird es für die Union wichtig sein, den Aufbau Ost weiter voranzutreiben, auch wenn die Möglichkeiten in der Opposition geringer sind. Und hier werden wir uns vor allem darauf konzentrieren, dass die seit 1999 wieder stark zunehmende



Form auch zu Wort kommen zu lassen. Und der zehnte Jahrestag der Vereinigung von West- und Ost-CDU ist nun wirklich kein abseitiges Datum. Denn die deutsche Einheit wäre nun mal ohne die Union undenkbar.

Historische Wahrheit aufzeigen

Zweifellos ist es wichtig, dass diese Jahrestage Anlass zu Reflektionen darüber geben müssen, wie die Situation am Ende der achtziger Jahre war. Und da wird jedem auffallen, dass der oben schon erwähnte Grundgesetz-Anspruch längst nicht mehr Allgemeingut selbst führender Politiker war. Das hat nichts mit Nachkarten zu tun, sondern gehört einfach nur zur historischen Wahrheit, wenn darauf verwiesen wird, dass die Einheit Deutschlands von vielen nicht nur verpönt war, sondern sogar für immer und ewig ausgeschlossen wurde. Mein Respekt vor sogenannten wissenschaftlichen Abhandlungen wird jedenfalls re-

sten, von den SED-Ideologen im Osten ganz abgesehen. Und im selben Maße lasse ich mich im zehnten Jahr der Einheit nicht all zu sehr davon beeindrucken, wie so manche, natürlich streng wissenschaftliche, Abhandlung diese zehn Jahre bilanziert.

Der Hang zum Hyperkritizismus scheint ein Wesensmerkmal vieler deutscher Publizisten zu sein. Ich kann mich auch nicht des Eindrucks erwehren, dass manche einfach nicht sehen wollen, was nicht sein darf. Ich gebe es zu: Politik ist da für mich schon spannender. Denn die führt dazu, dass von deren Akteuren mitunter Realitäten anerkannt werden (müssen), wozu manche Publizisten wohl nie in der Lage sein werden. Denn die deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte! Ich bin fast schon geneigt, Bundeskanzler Schröder für die Show seiner Reise durch die neuen Län-

Auswanderung junger Ostdeutscher in die alten Länder gestoppt wird. Vielleicht können wir nach weiteren zehn Jahren deutsche Einheit unser Gläschen darauf trinken, dass z.B. selbstbewusste Sachsen und Brandenburger neben Bayern und Schleswig-Holsteinern stehen und Ost und West nur noch Bezeichnungen für Himmelsrichtungen sind. ■

*Günter Nooke MdB
Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion und Sprecher der
Abgeordneten der neuen Länder*

Moralisches Vakuum über Berlin

VOLKER NIES

»Mehr Moral in die Politik!« forderten SPD und Grüne zu Oppositionszeiten mit Inbrunst. Menschenrechte, Rüstungsexporte, Auslandseinsätze der Bundeswehr – alles sei moralisch abzuwägen. Mit der Elle der Moral maß Kanzlerkandidat Schröder auch die Bundestagsentscheidung, das Rentenniveau zu senken: »Das ist nicht nur unsozial, das ist unmoralisch!« richtete er.

Einseitige Bewertung

Zwei Jahre später leiden Rot/Grün und viele Medien, die vor 1998 – nicht immer zu Unrecht – auf Kohl und Kinkel mit der Moralkeule einschlugen, unter pathologischem Gedächtnisschwund: Kanzler Schröder reist nach China – und läßt mit den Prinzipien auch gleich seinen Menschenrechtsbeauftragten zu Hause. Außenminister Fischer besucht Moskau – und »vergisst«, die russischen Massaker in Tschetschenien anzusprechen. Irans Präsident tourt durch Deutschland – und wird mit Samthandschuhen angefasst. Hauptsache, die Geschäfte stimmen. Die Bundeswehreinheiten auf dem Balkan werden diskussionslos verlängert, Rüstungsexporte boomen, die Weizsäcker-Kommission will die Bundeswehr in eine Interventionsarmee umbauen – über nichts, was sie früher wütend zerrissen hätte, will die Presse heute auch nur diskutieren. SPD-Sozialexperte (!) Rudolf Dreßler wird Botschafter in Israel und verlangt vor Amtsantritt in einem Interview, Jerusalem zu internationalisieren. Juden raus aus der Verwaltung Jerusalems – hätte dies ein CDU-Politiker gefordert, wäre er nie mehr Botschafter geworden.

In der Innenpolitik setzt sich das fort: In der Rente sinkt das Niveau noch stärker, als von Blüm geplant – und niemand erinnert den Kanzler an die starken Sprüche von wegen unmoralisch. Er führt ein Zwangssparen ein, das Bismarcks System der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch finanzierten Renten abschafft – und nur die PDS widerspricht. Großbanken bekommen milliardenschwere Veräußerungsgewinne steuerfrei – und selbst die Frau Engelen-Kefer bleibt stumm. Halt, einmal erinnerte sich Rot/Grün doch an die Moral, als es nämlich darum ging, das demokratische Österreich, wo es weniger Straftaten gegen Ausländer gibt als in Schröders Deutschland, zum Aussätzigen zu machen.

Nicht alles, was Rot/Grün macht, ist falsch. Politik und Moral werden auch nie deckungsgleich übereinstimmen. Aber die bodenlose Schamlosigkeit, mit der die Regierung moralische Bewertungen beiseite schiebt, und die devote Zuneigung, mit der die früher so redseligen, selbsternannten moralischen Instanzen nun Schröders Hemdsärmeligkeit ignorieren, sind kein Glanzstück unserer Demokratie. ■

nies@entscheidung.de

Die Konfliktlinien im Streit um eine »Eingetragene Lebenspartnerschaft« für gleichgeschlechtliche Paare verlaufen, demoskopisch betrachtet, weniger entlang der Parteigrenzen als es der politische Schaukampf glauben macht. Kein Wunder, denn die Millionen aus eigener Lebenserfahrung denkenden direkt oder indirekt Betroffenen – als Eltern, Verwandte, Freunde, Kollegen und Nachbarn – dürften sich ziemlich gleichmäßig auf alle politischen Lager verteilen. Bis in höchste Gremien hinein.

Unter den Jüngeren ist mit Polemik gegen die »Homo-Ehe« schon gar kein Blumentopf zu gewinnen, im Gegenteil. Es sind dieselben jungen Leute, die in Umfragen zu 80 bis 90 Prozent am Leitbild von Ehe und Familie für ihr Leben festhalten. Von Werteverfall insofern keine Spur. Wohl aber von Tugendverlust, denn die Ehefähigkeit nimmt ab: Die Scheidungsziffern sind auf ein traurig hohes Niveau gestiegen. Hier liegt die eigentliche Gefahr für Ehe und Familie – nicht darin, dass unfreiwillig »Außenstehende« sich an der höchstmöglichen Ver-

»Eingetragene Lebenspartnerschaft«: Mehr Gelassenheit!

FELIX MEISTER

bindlichkeit dieses Lebensbundes orientieren und dafür praktischen Schutz und soziale Anerkennung beanspruchen. Ersteres ist durch eine »Notariatslösung« nur teilweise, letzteres gar nicht zu erreichen. Die Union hat gut daran getan, die sensible Frage – trotz der Suche nach kampagnefähigen Themen und Bündnissen im vorpolitischen Raum – überwiegend taktvoll und differenziert zu behandeln. Zumal die Linken darauf verzichtet haben, nach französischem Vorbild eine »Ehe light« für alle Paare, also ein niedrigschwelligeres Konkurrenzangebot zur Ehe, zu schaffen. Nun sollten nicht ausgerechnet Konservative durch hinkende Vergleiche (»Dann könnte ja jede Wohngemeinschaft...«) eine Diskussion um die Ausweitung des Partnerschaftsgesetzes anzetteln. Solche Schüsse können leicht nach hinten losgehen und die Ehe banalisieren.

Mehr konservative Gelassenheit ist angebracht, zumal ein eigenes Rechtsinstitut dem Gleichstellungseifer durchaus zum Bumerang werden kann. Die Statistik über versprochene und aufgelöste »Lebenspartnerschaften« dürfte nach bisherigen Erkenntnissen zum Offenbarungseid gleichgeschlechtlicher Bindungswilligkeit und -fähigkeit werden. Dies könnte auch die medienverhätschelten Schwulen und Lesben zur Behebung eines Defizits veranlassen: zu kritischer Selbstreflexion. ■

autor@entscheidung.de



Volker Nies



Scientology hat die Produktion der »Mensch-Maschine« zum Ziel

CHRISTOF KÜHN

Unveränderte Gefährdungslage

Im Juni 1997 sah die Innenministerkonferenz (IMK) zunächst nur »Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung«. Heute, nach mehr als drei Jahren der Beobachtung, ist die verfassungsfeindliche Zielsetzung der Scientology-Organisation (SO) längst erwiesen.

Zwar liegen die Mitgliederzahlen mit rund 5.000 bis 6.000 in Deutschland erheblich niedriger als von der SO behauptet, unterschätzen darf man die Organisation deshalb aber nicht. Sie strebt nach wie vor Macht über Menschen und Einfluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Ziel an, ein totalitäres System zu etablieren. Experten sprechen deshalb von einer »unveränderten Gefährdungslage«. Die verfassungsfeindlichen Ziele und Bestrebungen sowie der Absolutheitsanspruch werden weiterhin durch das SO-Management und deren Funktionsträger propagiert sowie in organisationsinternen Publikationen verbreitet. Eine Bestätigung des Beobachtungs-Beschlusses durch die IMK im November 1998 war daher nur folgerichtig.

Scientology geht es nicht um das Wohl des Einzelmenschen, sondern um den Aufbau einer totalitären schlagkräftigen Organisation in Form eines auf Expansion programmierten Netzwerkes. Ziel ist die wirtschaftliche Ausbeutung und Versklavung des Einzelnen durch den missbräuchlichen Einsatz von Psycho- und Sozialtechniken. Das lückenlose Kommando- und Kontrollsystem behandelt den Menschen als Objekt und nicht als Person mit

Menschenwürde und Menschenrechten. Das biotechnische Menschen- und Gesellschaftsbild Hubbards, das die Trainingspraxis bestimmt, sieht im Menschen in Anlehnung an die Computertechnologie eine Mensch-Maschine, die im Lernlabor umprogrammiert und durch Lerndrill zur perfekten Funktion und Stärke gebracht werden soll. Ziel des dressurartigen Trainings ist es, den Kunden durch Drill maschinenähnliche Verhaltensweisen anzuerziehen, um ihn durch die Organisation kontrollierbar und bleibend abhängig zu machen.

Festzustellen ist allerdings, dass die Kampagnen von Scientology gegen Deutschland sowohl in der internationalen Öffentlichkeit als auch in Deutschland weiterhin auf Ablehnung stoßen. Die in Frankreich zuständige Regierungsbehörde zur Bekämpfung der Sek-

ten fasst in ihrem aktuellen Bericht an den französischen Premierminister zusammen, dass SO die Menschenrechte und das gesellschaftliche Gleichgewicht bedroht sowie die Würde des Menschen und die Gesetze missachtet. Der Bericht stellt ferner fest, dass SO eine Organisation mit totalitärer Struktur ist, eine Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung darstellt, ein Geheimbund ist und fortgesetzt versucht, demokratische Institutionen und offizielle internationale private Organisationen zu infiltrieren. In Großbritannien wurde der Scientology-Organisation erst vor einigen Monaten die Anerkennung als Wohltätigkeitsorganisation verweigert. Die SO stellt keine Religionsgemeinschaft im Sinne der Vorschriften dar und wurde auch nicht zum Wohle der Allgemeinheit gegründet. ■

autor@entscheidung.de



Christof Kühn organisierte drei »Wormser Scientology Tribunale« und leitet den Arbeitskreis »Psychomarkt« der CDU Rheinland-Pfalz

Weblinks über Scientology

Dokumentation der Aktion »Stoppt Scientology« der JU Niedersachsen:
<http://www.junge-union.de/niedersachsen/aktionen/scien.html>

Arbeitskreis Scientology der JU NRW:
<http://www.ju-nrw.de/juinnrw/aks/aksci.html>

Online-Broschüre des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren:
http://www.innenministerium.bayern.de/scientology/broschuere_scientology/

★ Endspurt in den USA

Der Parteitag der Republikaner fand vom 31. Juli bis 3. August in Philadelphia statt. Im Gegensatz zu früheren Parteitagen hatte die Parteiorganisation den Ablauf fest im Griff. Der republikanische Nominierungsparteitag war hervorragend organisiert und der Präsidentschaftskandidat George Walker Bush (54), derzeit Gouverneur von Texas, konnte mit Genugtuung feststellen, dass seine Parteibasis fest hinter ihm steht. Nach acht Jahren Abstinenz wollen die Republikaner auf alle Fälle das Weiße Haus zurückerobern. Ideologische Differenzen über die Frage von Abtreibungen, Schulgebete usw. wurden deshalb zurückgestellt. Gouverneur Bush konnte sich deshalb von Anfang an in der Mitte des politischen Spektrums positionieren.

Von Vorteil war seine zuvor bekanntgegebene Entscheidung, Richard Cheney zum Kandidaten für das Vizepräsidentenamt aufzustellen. Cheney, einst Verteidigungsminister in der Regierung seines Vaters, wird von der amerikanischen Presse hohe Führungspersönlichkeit und Kompetenz zugesprochen und Bushs Entscheidung, ihn zu seinem running mate zu küren, entsprechend gelobt. Cheney gilt als absolut loyal. Seine eher konservative Haltung hilft, auch die eher rechteren Segmente der Partei bei der Stange zu halten.

Kern der Antrittsrede von Gouverneur Bush ist die Botschaft, dass er sich als Konservativer mit Herz versteht, als sogenannter »neuer Republikaner«, der nicht nur an die Wohlhabenden im Lande denkt, sondern auch den Lebensstandard für weniger Begünstigte heben will. Er will dem Einzelnen die Möglichkeit der Wahl geben, sei es bei der Auswahl der Schule oder bei der Gestaltung der Sicherung der Altersversorgung. School Vouchers oder die Möglichkeit zu eröffnen, die Altersversorgung auch über die Börse zu sichern, sind deshalb Teil seines Programms. Steuererleichterungen in Höhe von insgesamt 1.3 Billionen Dollar

über einen Zeitraum von 10 Jahren sind ebenfalls zentraler Bestandteil seines Wahlkampfprogrammes. Außenpolitisch will er sich auf die Bereiche konzentrieren, die für Amerika von entscheidender Bedeutung sind. Geographisch wird dies Rußland und Asien, dort vor allem China, Taiwan und Japan sein. Seine außenpolitische Beraterin Condoleezza Rice spricht fließend Russisch. Überhaupt hat sich Bush mit einem hervorragenden Team von außenpolitischen Experten umgeben. Viele dieser Berater kennen nicht nur Europa sondern besonders Deutschland sehr gut.

Stimmung aufkommen. Vizepräsidentkandidat Lieberman musste wegen einiger seiner politischen Ansichten, beispielsweise seine kritische Haltung zu »affirmative action« noch eine Reihe von Delegierten überzeugen, dass er überhaupt der richtige Mann sei. Die mächtige Gewerkschaft der LKW-Fahrer wollte sich überhaupt nicht hinter Gore stellen. Im Unterschied zu den Republikanern tummelte sich auf dem Parteitag der Demokraten eine bunte Mischung aus liberalen Interessensvertretern. Da wurde das Recht auf Abtreibung ebenso eingefordert wie die Gleichstel-

Die beiden Kandidaten um das nächste Präsidentenamt, Al Gore und George W. Bush, treten nun zum Endspurt ihres Wahlkampfes an. Am 7. November wird gewählt. Auf ihren jeweiligen Parteitagen im August haben sich beide Kandidaten positioniert. Nachdem Bush lange vor Gore, dann Gore kurzzeitig vor Bush lag, verfügt nun nach den letzten Umfragen keiner der beiden Kandidaten mehr über einen nennenswerten Vorsprung.

In seiner Rede setzte sich Bush für ein umfangreiches Raketenabwehrsystem ein. Das seiner Meinung nach unter den Demokraten vernachlässigte Militär müsse für die zukünftigen Aufgaben fit gemacht werden. Bush tritt deshalb auch für eine substanzielle Erhöhung des Verteidigungshaushaltes ein.

Für George Bush war der Parteitag ein voller Erfolg. Die Stimmung war überschwänglich. Auch die amerikanische Bevölkerung war beeindruckt. Die Zustimmungsraten kurz nach dem Parteitag stiegen deshalb kräftig an. Vor dem Parteitag hatte er sechs bis acht Punkte vor dem demokratischen Kandidaten Al Gore gelegen, nach dem Parteitag war der Unterschied teilweise bis zu 18 Punkten groß.

Los Angeles: Gores Durchbruch

Der Parteitag der Demokraten hatte sich eher schwerfällig entwickelt. Bei den Delegierten wollte keine rechte

lung von Homosexuellen oder das Recht von Lehrern auf bessere Unterrichtsbedingungen. Die Stimmung änderte sich dann mit den Reden der beiden Kandidaten, zunächst die von Vizepräsidentkandidat Lieberman und dann Präsidentschaftskandidat Al Gore.

Gore, 52 Jahre alt, gelang es auf dem viertägigen Parteitag, Skeptiker in seiner eigenen Partei davon zu überzeugen, dass er in der Lage ist, aus dem Schatten Präsident Clintons hervorzutreten. Gore musste sich dringend deutlicher von seinem moralisch belasteten Chef Bill Clinton abgrenzen. Mit der Nominierung Liebermans zu seinem Vizepräsidentenkandidaten vollzog Gore sowohl die nötige Distanzierung zu Clinton als auch die Wiederherstellung des moralisch angeschlagenen Rufes seiner Partei. Denn es war die Rede gegen Präsident Clinton, die den jüdischen Senator aus Connecticut im September 1998 US-weit bekannt gemacht hatte. Damals, als Clinton sei-

ne »unangemessene Beziehung« zu der Praktikantin Monica Lewinsky eingestehen musste, war es Liebermann, der als erster Demokrat das Verhalten seines Parteifreundes scharf kritisierte.

Gore präsentierte sich als Vorkämpfer für traditionelle Werte der Demokraten. Dies war auch notwendig. Gores Ziel auf diesem Parteitag war sicherlich auch, die Wähler an den Fernsehschirmen zu erreichen. Gleichzeitig musste er aber im Gegensatz zu seinem republikanischen Mitbewerber die Unterstützung seiner Basis erst noch sicherstellen. So ist es nicht verwunderlich, dass er in seiner Rede betonte, dass er »für die Arbeiterfamilien eintreten« werde und sie gegen die »Reichen und Mächtigen« in Schutz nehmen wolle.

Gore war in seiner Nominierungsrede sichtlich darum bemüht, den Wahlkampf zwischen ihm und Bush zu ent-



personalisieren. Gore ist sich bewusst, dass Präsidentschaftskandidat Bush als Persönlichkeit bei den Wählern besser ankommt. Viele Wähler nehmen Gore eher als zu hölzern, intellektuell und hochtrabend wahr. Deshalb versucht er, die Auseinandersetzung über Inhalte in den Vordergrund des Wahlkampfes zu rücken. Gore zu den Delegierten: »Die Wahlen im November sind kein Schönheitswettbewerb.« Die Diskussion von Inhalten ermöglicht ihm auch, seine über 8 Jahre gewonnenen Kenntnisse zu nutzen. Er weiß, dass er auf diesem Gebiet dem Gouverneur Bush überlegen ist.

Gore möchte sich als ein Kandidat der Reformen präsentieren. Das hat er sich nicht zuletzt bei John McCain abgeschaut. Das erste Gesetz, das er dem Kongress vorlegen will, wird deshalb die Wahlkampffinanzierung reformieren. Gore selbst hat mit seinem Auftritt bei den Buddhisten in Los Angeles un-

gute Erfahrungen gemacht. Dieses Thema wird ihn im Wahlkampf weiter verfolgen. Eckpunkte der von Gore angestrebten Reformen liegen weiterhin vor allem in der Sozial- und Gesundheitspolitik. Es gibt rund 45 Millionen Amerikaner, die nicht krankenversichert sind. Al Gore hat auf dem Parteitag in Los Angeles ausdrücklich versprochen, jedem Amerikaner zu einem Krankenkassenschutz zu verhelfen. Die nicht-versicherten Kinder will er zunächst absichern. Hierzu will er einen Teil der prognostizierten Haushaltsüberschüsse verwenden. Auch Steuersenkungen zu Gunsten der Mittelschicht sollen diese in die Lage versetzen, für alle Familienmitglieder eine Krankenversicherung abzuschließen. Außerdem will er Befugnisse der Krankenkassen einschränken und Patientenrechte stärken.

Was die Steuerreform insgesamt angeht, so wirft er seinem republikanischen Gegenkandidaten haushaltspolitische Unvernunft vor. Der Vorschlag von Bush über die nächsten zehn Jahre insgesamt 1.3 Billionen Dollar Steuerermäßigungen durchzuführen, sei riskant, da die Überschüsse überhaupt noch nicht erwirtschaftet worden seien.

Im Bildungsbereich ist Gore angetreten, Strukturen von Grund auf zu erneuern. Den von ihm für das Amt des Vizepräsidenten benannten Senator Joseph Lieberman ließ er in Los Angeles verkünden, die wegen ihrer miserablen Leistungen häufig gescholtenen öffentlichen Schulen Amerikas »zu den besten der Welt« auszubauen.

Natürlich betonte Gore auf dem Parteitag insbesondere die wirtschaftliche Prosperität Amerikas. Und die ist wirklich beeindruckend: vier Prozent Arbeitslosigkeit, vier Prozent Inflation, ein Wirtschaftswachstum, das anscheinend erfolgreich gebremst worden ist, um eine Überhitzung der Konjunktur zu vermeiden. Viele glauben deshalb, dass es letztlich doch das »pocketbook«, also der Wohlstand des Einzelnen ist, der die Entscheidung für Gore beeinflussen könnte.

Wie geht es weiter?

Eine besondere Aufmerksamkeit wird den Fernsehduellen der beiden Kandidaten gelten. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen sind die jeweiligen Kandidaten in großen Fernsehdebatten aufeinandertreffen. Es sind drei Debatten und eine Debatte der Vizepräsidenten im Gespräch. Gore gilt als ein ausgezeichneter Diskussionsgegner. Zudem verfügt er nach acht Regierungsjahren über eine große Detailkenntnis. Dies trifft für Bush natürlicherweise nicht zu. Das Wahlkampfteam von Bush versucht deshalb, die Debatten so zu gestalten, dass sie meöglichst geringen Schaden anrichten können. Der Eindruck, der sich in der Öffentlichkeit verfestigt, ist aber, dass Bush einer Konfrontation mit Gore aus dem Weg gehen möchte. Es bleibt Bush deshalb nichts anderes übrig, als möglichst bald einen Kompromiss zu suchen.

In Amerika haben wir kein Verhältniswahlrecht. Der Präsident wird von Wählern gewählt. Jeder Staat entsendet je nach seiner Bevölkerungsgröße eine bestimmte Anzahl von Wählern. Derjenige, der die Mehrheit der Stimmen auf sich vereint, gewinnt die Stimmen der gesamten Wähler dieses Staates. Deshalb wird in jedem einzelnen Staat um die Mehrheit gekämpft. Theoretisch kann ein Kandidat über die prozentuale Mehrheit der gesamten Stimmen verfügen und wird trotzdem nicht Präsident.

Dies ist im vergangenen Jahrhundert tatsächlich auch geschehen. Die Strategen in jedem Wahlkampfteam überlegen nun, welche Staaten als sicher Gewinn ihres Kandidaten verbucht werden können, welcher Staat bereits verloren ist und um welchen Staat gekämpft werden muss. Es sind diese Staaten, in denen wir die meisten Auftritte der Kandidaten sehen und in die mit Werbespots überflutet werden. Bei diesen Wahlen werden es die Staaten des Mittleren Westen sein. Dort wird entschieden werden, wer zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt werden wird. ■

Dr. Gerhard Wahlers, Außenstellenleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung Washington, autor@entscheidung.de

Auf gleicher Augenhöhe ließen Schröder und Fischer zum Abschluss des Koalitionsvertrag die Gläser klingen. Heute besteht zwischen beiden eine Über- und Unterordnungsverhältnis: Fischer stimmt sogar dem Verkauf einer Munitionsfabrik in die Türkei zu – eine von vielen Selbstaufgaben der Grünen.

Am Ende des grünen Marsches

Das Müngersdorfer Stadion in Köln war ausverkauft. Zehntausende auf den Rängen schwenkten Fahnen und Transparente. Applaus und Jubel brandete auf, als eine der Hauptakteure auflief: Angelika Beer, Abgeordnete der Grünen im Deutschen Bundestag.

Kein Fußballspiel also an diesem Samstag, sondern das »internationale Friedensfest« unter kurdischer Organisation. Auf den Rängen fast ausschließlich Kurden. Sie hoffen auf Frieden in Kurdistan. Sie hoffen auch auf Angelika Beer, die innerhalb der Grünen und des Bundestages stets ein Garant kurdischer Interessen war. Doch Angelika Beer, die selbst in Kurdistan gelebt hat, muss an diesem Nachmittag erklären, dass die rot-grüne Bundesregierung die Lieferung einer deutschen Munitionsfabrik an die türkische Armee genehmigt hat. Es sei »ein falsches politisches Signal«. Das ist alles,

»Immer öfter verwerfen die Grünen immer mehr ihrer alten Grundsätze – Grundsätze, derentwegen sie sich vor 20 Jahren gegründet haben: Pazifismus und Abrüstung, Atomausstieg und Umweltschutz.«

was sie sagen kann, was sie sich zu sagen traut, ohne ihrem Außenminister und ihrer eigenen Regierung in den Rücken zu fallen. Eine Munitionsfabrik in die Türkei – das widerspricht den

Richtlinien zum Waffenexport, die die Grünen dem Kanzler unter Androhung des Koalitionsbruchs abgetrotzt haben. Unter Verweis auf eine rechtlich unverbindliche Zusage der Kohl-Regierung werden die Richtlinien nach wenigen Monaten nun zum ersten Mal gebeugt.

Eine einsame, machtlose Angelika Beer inmitten ihrer ebenso machtlosen Anhänger: Eine typische Szene aus dem Trauerspiel, das die Grünen seit einer Weile aufführen. Immer öfter verwerfen die Grünen im-

mer mehr ihrer alten Grundsätze – Grundsätze, derentwegen sie sich vor 20 Jahren gegründet haben: Pazifismus und Abrüstung, Atomausstieg und Umweltschutz.

Gegen die Nato und deren Rüstungspolitik hatte man sich gegründet und kaum war man durch die Institutionen marschiert und glaubte in der Regierung die Welt endlich verändern zu können, waren die Grünen gezwungen, den Nato-Luftschlägen gegen Jugoslawien zuzustimmen. Auf dem berühmten Bielefelder Parteitag stimmten die Grünen dafür: Sie erwiesen sich – auch international – als zuverlässiger Partner, doch der Preis war hoch. Die Partei hat es beinahe zerrissen, viele Anhänger und Mitglieder blieben verstört zurück.

Etwa ein Jahr später hat ein müder Parteitag in Münster den Kompromiss mit der Atomwirtschaft zum Ausstieg aus der Atomenergie abgenickt: Viele Atommeiler können noch Jahrzehnte am Netz bleiben. Damit hat die Partei auch den Grundsatz eines radikalen und unmittelbaren Ausstiegs ohne Rücksicht auf die Interessen der Atomwirtschaft entsorgt.

Politische Selbstaufgabe zugunsten Schröder

Nach diesem Beschluss hat die ehemalige Vorstandssprecherin Antje Radcke entnervt das Handtuch geworfen: Die Partei sei »orientierungslos«, sagte sie in der ARD, und beim Blick auf das neue Personal habe sie »die große Befürchtung, dass das nicht mehr die grüne Partei ist, für die wir alle Jahre, viele sogar Jahrzehnte gekämpft haben«. Radcke hat wie viele grüne Mitglieder und Sympathisanten bemerkt, dass Umweltverbände in einem Gutachten dem grünen Umweltminister eine desaströse Umweltpolitik vorwerfen und dass Joschka Fischer als hessischer Umweltminister die Plutoniumfabrik in Hanau hat schließen lassen, um nun ihren Verkauf nach Russland zu akzeptieren.

Damit vergraulen die Grünen auch ihre traditionellen politischen Freunde: Der BUND hat nicht nur für den Export der Plutoniumfabrik ausgerechnet nach Russland keinerlei Verständnis und amnesty international attestiert der rot-grünen Bundesregierung, »dass Menschenrechte immer wieder zur Manövriermasse werden«. Je mehr Positionen die Grünen aus ihren Gründer- und Oppositionszeiten derzeit räumen, desto erfolgreicher wird bezeichnenderweise die Regierung Schröder. Und um so schwieriger wird es für die kleinere Regierungspartei, sich gegen den mächtigen SPD-Chef durchzusetzen. Märtyrerhaft verstümmeln sich die Grünen zur Mehrung von Schröders Ruhm.

Vielleicht spielt auch eine Rolle, dass Minister- und Fraktionsvorsitzendensessel sehr viel weicher sind als der Asphalt und die Bahnschienen vor Atomkraftwerken.

Die Grünen: ohne Ziele, ohne Visionen

Kein Wunder, dass die Grünen seit Jahren bei jeder Wahl verloren haben, dass es Austritte von Funktions- und Mandatsträgern auf unterer und mittlerer Ebene gibt und dass sie so auch den Kontakt zu den Wählern verlieren. Das neue Führungsduo Renate Künast und Fritz Kuhn hat die Aufgabe, die Grünen aus ihrer Sinnkrise zu führen. Doch scheint es ihnen nicht recht zu gelingen: Die stundenlangen Befindlichkeits- und Betroffenheitsdebatten im Parteivorstand haben sie zwar gestrafft und führen die Partei jetzt bestimmter und professioneller. Doch die entscheidende Frage konnten sie bisher noch nicht beantworten: wohin sie die Partei führen



BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

wollen. Denn nachdem sich die Grünen von vielen ihrer alten Glaubensbekenntnisse getrennt haben, brauchen sie neue Ziele, neue Visionen.

In einigen Fachgebieten haben sich die Bündnis-Grünen Kompetenz angeeignet, die von allen Fraktionen geschätzt wird: Katrin Göring-Eckardt in der Rentenpolitik beispielsweise oder Christine Scheel und Oswald Metzger in der Finanz- und Haushaltspolitik. Doch außer den Betroffenen selbst, den Hauptstadtjournalisten und einer Handvoll Experten bemerkt das kaum jemand. Für die Grünen ist dieser Zustand fatal.

Weil den Grünen mittlerweile ein einheitliches und integrierendes Ziel fehlt, ein gemeinsames Glaubensbekenntnis, sind sie erpressbar geworden, denn die Teilhabe an der Macht ist ein Wert an sich geworden. Und so kann Schröder seinen kleinen Partner leicht ausspielen – vor allem gegen die FDP. Die steht in den Startlöchern, bereit, sich an einer sozial-liberalen Regierung zu beteiligen. Das könnte für die Grünen das Ende bedeuten. Das Ende – schon eine Generation nach ihrer Gründung. ■

Jens Krüger (jekruenger@hotmail.com) ist freier Journalist in Berlin. Er berichtet vor allem für öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten über die deutsche Innenpolitik.



Jens Krüger



ANGELA MERKEL

Eine politische
Biographie

Als Angela Merkel, die promovierte Physikerin aus der Akademie der Wissenschaften, im November 1989, kurz nach der Maueröffnung von einem Vortrag in Polen und langen euphorischen Diskussionen mit ihren Freunden aus der Solidarnosc nach Berlin zurück kommt, ist in ihr der Entschluss gereift, sich politisch zu engagieren. In der Akademie sagt sie zu ungläubigen Kollegen: »Jetzt kommt die deutsche Einheit als Thema auf die Tagesordnung«. Bald darauf kommt der »10-Punkte-Plan« Kohls, in dem das Wort Wiedervereinigung noch nicht enthalten ist.

Was hat die erfolgreiche Physikerin damals bewogen, in die Politik zu gehen? »Es waren zwei Prozesse, die damals abliefen. Man begann schnell, von der eigenen, alten Ordnung Abschied zu nehmen und lebte in einer Ordnung, die Löcher bekommen hatte. Wir alle spürten, dass das mit denen nicht weitergehen kann. Aus dem gemeinsamen Gefühl gegen etwas zu sein, entwickelte sich unter den verschiedenen Gruppen langsam eine Pluralität der Einschätzungen, was jetzt passieren sollte. In dieser Phase ist mir bewusst geworden: Du kannst jetzt selber etwas tun!«

Politisch engagieren, aber wo? In der Ost-CDU fühlt sie sich nicht zu Hause. Denn die Ost-CDU hatte mit der CDU von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl – also jener politischen Strömung, die Angela Merkel über die Mauer hinweg immer sympathisch fand – außer dem Namen nichts mehr gemeinsam. Merkel tritt deshalb Ende November 1989 dem »Demokratischen Aufbruch« (DA) bei. Damals haust dessen Zentrale noch im Prenzlauer Berg in einem Hinterhof. In dieses Chaos stolpert Ende November der CSU-Bundesminister Jürgen Warnke herein, er will mit dem DA-Vorsitzenden Wolfgang Schnur sprechen. Sein Sprecher Hans-Christian Maaß trifft im Vorzimmer auf ein »Mädchen, das am PC sitzt, und das war Angela«. Die beiden unterhalten sich, Merkel findet Maaß zwar etwas arrogant, weil der die Ossi-Frau spüren lässt, von vielen Dingen keine Ahnung zu haben... Aber man tauscht die Adressen aus.

Im »Haus der Demokratie« in Berlin-Mitte, in das der DA bald darauf umzieht, sitzt Ehrhard Neubert, stellvertretender Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs. Er stellt Merkel als »Mädchen für alles« ein. »Sie war unscheinbar bis zum geht-nicht-mehr«, erinnert er sich heute, »eine graue Maus. Doch dann hat sie in kürzester Zeit bewiesen, was in ihr steckt. Sie war zunehmend unentbehrlich und eine unglaublich stabilisierende Größe«.



Merkel ist ab 1. Februar offiziell angestellt. Wenige Tage nach ihrem Dienstantritt hat der Parteivorsitzende Wolfgang Schnur zwei Termine angenommen, die er nicht unter einen Hut bringen kann. Er bittet die neue Mitarbeiterin, für ihn einen Frühstückstermin der Konrad-Adenauer-Stiftung zu übernehmen. »In welcher Eigenschaft? Ich bin doch ein nobody«. »In Ihrer Eigenschaft als Pressesprecherin.« »Aber dazu bin ich doch gar nicht gewählt«, wirft Merkel ein. »Ab heute sind Sie es«, sagt Schnur und rast zu seinem Termin. »Und da bin ich dann eben hin,« sagt Merkel.

Kohl im Wahlkampf

Merkel und der heutige sächsische Kultusminister Rößler überarbeiten vor allem die Reden von Wolfgang Schnur, »denn die hatten es nötig und er hätte selbst eine Speisekarte vorgelesen, ohne zu merken, wie langweilig sie ist« sagt Rößler. Also werden für den Spitzenkandidaten Wahlkampfreden geschrieben, die Herzblut enthalten. Beim ersten Wahlkampfauftritt von Bundeskanzler Helmut Kohl in der DDR darf Schnur als erster das Wort ergreifen.

Vier Wochen später ist Schnur der Stasi-Mitarbeit überführt. Spät nachts ist Merkel dabei, als er mit den Vorwürfen konfrontiert wird. Er streitet alles ab, Merkel pocht an diesem Abend auf eine Klärung und spricht sich gegen die Vorschläge der Wessis zu einer unauffälligen Lösung aus, etwa ein Rücktritt nach der Wahl. Thomas Schwarz erinnert sich: »Sie wollte keinen Zweifel an der Gradlinigkeit des Demokratischen Aufbruchs aufkommen lassen. Es war ein völlig verrauchtes Zimmer, alle fühlten sich elend, vor der Tür gierten die Medien nach dem Desaster der Konservativen. Merkel aber war konzentriert und wie selbstverständlich blickten alle Männer mit ihren hohen Parteiämtern auf sie.«

Vier Tage vor der Volkskammerwahl am 18. März kommt die Wahrheit über die Vergangenheit ihres Vorsitzenden für den DA fast einem Todesurteil gleich. 0,9 Prozent und vier Mandate erringt die junge Partei. Viele von der jungen Elite gelangen dennoch in verantwortungsvolle Positionen: Angela Merkel wird stellvertretende Sprecherin der letzten, aber ersten demokratischen Regierung der DDR. Ihre Nominierung ist nur mit



Statement des Autors Dr. Wolfgang Stock für die ENTSCHEIDUNG

»Mit Mut und Weitblick hat sie 1999 die CDU aus ihrer Krise gerettet. Während gestandene Männer sich in Panik verkrochen, hat die junge Frau aus dem Osten im Blitzlichtgewitter der Öffentlichkeit ihre Führungsqualitäten für jedermann sichtbar unter Beweis gestellt. Heute ist sie als erste Frau und als erste Ostdeutsche Vorsitzende einer deutschen Volkspartei.

Wer ist diese Frau aus dem Osten? Welche Visionen, welche Ziele, welche Werte hat die erst 46 Jahre alte Physikerin an der Spitze der CDU?

Diese erste Biographie zeichnet ein sehr persönliches Bild von Angela Merkel, von ihrer Jugend in der DDR, dem Einstieg in die Politik zur Wende 1989/90 und von ihrer Karriere im wiedervereinten Deutschland – die nach der Bundestagswahl 2002 direkt ins Kanzleramt führen könnte. Zugleich wird erstmals die Geschichte des CDU-Spendenskandals minutiös analysiert – jene Krise, in der Angela Merkel ihre Führungseigenschaften für jedermann sichtbar bewiesen hat – und deren Auswirkungen sie weiterhin meistern muß.

Dr. Wolfgang Stock ist seit Jahren journalistischer Beobachter der deutschen Politik. Für die FAZ berichtete er als Korrespondent 1990 aus der DDR und später aus Bonn. Als Nachrichtenchef gestaltete er das neue Erscheinungsbild der Berliner Zeitung mit. Heute ist er politischer Korrespondent in der Parlamentsredaktion des Nachrichtenmagazins FOCUS in Berlin.

dem kreativen Chaos zu erklären, das damals den Beginn der Demokratie in der Noch-DDR kennzeichnet: »Es ging holter-die-polter, es war abenteuerlich«, sagt auch der »Entdecker von Angela Merkel«, Hans-Christian Maaß, der der neuen Regierung bei der Pressearbeit zur Seite steht. Als er erfährt, dass die neue Regierung nur einen Regierungssprecher ernennen will, sagt er: »Alleine geht das doch nicht, ein zweiter Mann muss her!« Aber »die wussten einfach niemanden!«

Wiedersehen mit Folgen

Maaß holt seine Adressliste aus dem Spätherbst 1989 hervor. »Und da habe ich mich an Angela Merkel erinnert und mir überlegt: Die ist Naturwissenschaftlerin, präzise, diszipliniert, die kann das schaffen. Ich bin zu ihrer Wohnung im Prenzlauer Berg gefahren, habe sie rausgeklingelt und gefragt: 'Erinnerst Du Dich?'«. Kaum hat Merkel »Ja« gesagt, wird sie mitgenommen: »Komm mit, ich stelle Dich dem Ministerpräsidenten vor, Du wirst stellvertretende Regierungssprecherin«.

»Sie hat in kürzester Zeit bewiesen, was in ihr steckt. Sie war zunehmend unentbehrlich und eine unglaublich stabilisierende Größe.«

Lothar de Maizière sagt nach der Kurzvorstellung in einer Sitzungspause: »Die ist nett, die nehmen wir«. Maaß persönlich stellt Merkel ein, Monatsgehalt 2.500 Mark – ein Spitzengehalt für DDR-Verhältnisse.

Merkels Stärke

»Merkels Position wuchs von Woche zu Woche. Sie ist durch ihre präzise, kurze, unpräzise Art, die Dinge zu benennen, ohne zu polarisieren, gut angekommen. Sie hat immer sehr abgewogen und präzise argumentiert«, erinnert sich Maaß. Er ermuntert sie: »Du kannst ruhig mal ein bisschen Blut spritzen lassen!« Nein, »das hat sie bewusst nicht gemacht, und das war ihre Stärke«, beobachtet der Helfer im Hintergrund: »Wo mir die Pferde durchgegangen wären, hat sie gesagt: 'Das ist nicht meine Art'. Durch ihre naturwissenschaftliche Ausbildung drang sie viel tiefer in die Probleme ein als der DDR-Journalist Gehler. Sie hatte die Fähigkeit, die Dinge in der Argumentation zu verkürzen. Die Kultur der westdeutschen Pressearbeit, die Kultur der westdeutschen Politik war ihr natürlich total fremd – aber sie hat das alles schnell gelernt.« ■

Olzog-Verlag München, 208 Seiten mit zahlreichen, bislang unveröffentlichten Fotos. Gebunden, DM 36,-

Aufruf zur ICANN-Wahl

Das Internet bekommt eine weltweite »Regierung«

ICANN-Wahl: »Es klingt wie eine rein technische Managementaufgabe, hat aber weit reichende Bedeutung. Wer immer diese Datenzentrale des Netzes kontrolliert, hält eine beinahe unumschränkte Macht über die Nutzung des Internet in den Händen«, schreibt SPIEGEL online. Dieses neue Thema bewegt Internet-Nutzer weltweit – aber nur einige von ihnen. Denn nur wenige Medien berichten bislang über die neue Verteilung von Internet-Adressen.

Bisher lag die Verwaltung für Internetadressen bei vielen Gremien, die in einer Grauzone zwischen der US-Regierung und Wirtschaft angesiedelt waren. Die Adressen in Europa und anderen Kontinenten wurden von vielen einzelnen Firmen verteilt. Jetzt übernimmt eine neue Organisation namens ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) weltweit diese Aufgabe. Ein Thema, das nur versierte Internet-Freaks interessiert? Nein – meint die Junge Union Bayreuth.

Dass die Kompetenz zur Verwaltung von Internet-Adressen in die Hände von nur einer Organisation gelegt wurde, ist in der Tat von Bedeutung. Die Benutzung des World Wide Web rund um den Globus hat sprunghaft zugenommen, und so sind die Möglichkeiten sogenannter »domains«, das heißt Namen, unter denen sich Organisationen, Unternehmen oder auch Privatpersonen im Internet präsentieren können, zunehmend ausgeschöpft. ICANN verwaltet die sogenannten »Top Level Domains« (.de, .com etc.) und koordiniert die Vergabe von »Domain Names«, der eigentlichen Internet-Adressen.

Weltweit sind 160.000 Wähler registriert, davon 20.500 aus Deutschland

Das Monopol von ICANN konzentriert daher eine bedeutende Macht über die Zukunftstechnologie Internet in den Händen einer Organisation. Aus diesem Grunde sollten Internet-Nutzer weltweit nun die Möglichkeit bekommen, über Online-Abstimmungen an Zusammensetzung der »Internet-Regierung« demokratisch mitzuwirken. Dafür musste sich der virtuelle Bürger jedoch als Wahlberechtigter registrieren lassen. Die Frist dafür wurde jedoch erst wenige Tage vor ihrem Auslaufen am 31. Juli einem größeren Publikum bekannt.

In diesen letzten Tagen wurde der Ansturm auf www.icann.org so groß, dass es immerhin 160.000 Internet-Nutzer (von über hundert Millionen!) schafften, sich registrieren zu lassen. Die Zahlen sind für die einzelnen Weltregionen sehr unterschiedlich: Mit knapp 39.000 Registrierungen liegen die Japaner ganz vorne, dicht gefolgt von rund 34.000 Chinesen. Die Deutschen (20.500) konnten sich in den letzten Tagen noch an den US-Amerikanern (19.500) vorbei schieben und stellen

damit 57 Prozent der europäischen Wähler. In Ostasien hatten nationale Appelle die Teilnehmerzahlen nach oben schnellen lassen. Insgesamt ist Asien mit 94.000 registrierten ICANN-Mitgliedern jetzt weltweit am stärksten vertreten. Auf Platz zwei folgt Europa mit 36.000. Die Nordamerikaner stellen 21.500 Stimmberechtigte, Lateinamerika 6.500 und Afrika nur 787 (!).

Die Anmeldeprozedur erregte weiterhin große Verärgerung, denn sie war ursprünglich für weniger als 10.000 neue Mitglieder vorgesehen, und so kamen viele Registrierungswillige gar nicht zum ICANN-Server durch. Es könnten also eigentlich noch mehr als 160.000 sein. Derweil hat das ICANN-Komitee seine Nominierungen für den Verwaltungsrat veröffentlicht, darunter auch einen Kandidaten aus Deutschland: Winfried Schüller leitet den Bereich IP-Services bei der Deutschen Telekom AG und ist in dieser Funktion auch Projektleiter für die Internet-Aktivitäten der nächsten Generation. ■

*Michael Krüger
(michaelkrueger@talk21.com),
JU Bayreuth. Weitere Infos:
<http://www.spiegel.de/netzwelt/icann>*

JU-Beschlüsse seit 1998

Bundesvorstand und andere Gremien erarbeiteten zahlreiche Papiere

Die zwei Jahre nach dem letzten Wahl-Deutschlandtag und der verlorenen Bundestagswahl haben ihre Spuren hinterlassen – insbesondere in über zwanzig Beschlüssen. Wer sich einen Rückblick gestattet, der wird erkennen: Die JU hat ihre Haltung in vielen politischen Bereichen neu orientiert oder aktualisiert.

Ein wichtiger und in der Phase des hessischen Landtagswahlkampfes vielbeachteter Beschluss des JU-Bundesvorstandes lautete »Integration und Staatsangehörigkeit«. Die JU sprach sich vehement dafür aus, in Deutschland lebenden Ausländern die deutsche Staatsangehörigkeit nach einem erfolgten Integrationsprozess zu verleihen. Die Bundesregierung habe eindeutig übersehen, dass die Vergabe des deutschen Passes an sich kein Integrationsinstrument darstellte, sondern lediglich ein formal-juristischer Schritt am Ende einer gelungenen Integration sein könne. Im Beschluss »Direkte Demokratie« forderte die JU neue und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für den einzelnen Bürger ein. Kumulieren und Panaschieren auf kommunaler Ebene sowie eine Rückführung von Gesetzgebungskompetenzen vom Bund auf die Länder waren Teil der Forderungen. Auch der Ruf nach einer flächendeckenden Einführung der Volksinitiative fand sich im Papier wieder.

Zukunftspolitische Aufgaben

Im Leitantrag zum Deutschlandtag 1999 umriss die Junge Union ihr Bild der modernen Gesellschaft. Durch die Einbeziehung moderner Faktoren beschloss die JU bei ihrem Treffen in Weimar unter anderem die Schaffung eines gemeinsamen Sorgerechts für unverheiratete Eltern, die Einführung eines Familiengeldes, flexible Arbeitszeiten, den Ausbau von ganztägigen Betreuungsangeboten in Schulen sowie die Flexibilisierung der Heimarbeit. Die Stärkung des Ansehens von Familien aber auch das Begreifen von Familienpolitik als gesellschafts- und zukunftspolitische Aufgabe standen dabei im Vordergrund.

»Deutschland digit@l« – die JU nicht nur auf dem Deutschlandtag einer der fortschrittlichsten Verbände. Der Bundesvorstand setzte sich mit seinem Beschluss »Herausforderung Internet« für eine Förderung der Medienkompetenz, die Schaffung des Internet-Zuganges ohne Taktung (Flatrate), die

Anschaffung eines Laptops für jeden Schüler ab der 8. Klassenstufe sowie die Aus-, Weiterbildung und pädagogische Schulung der Lehrkräfte im Umgang mit Rechnern im Unterricht.

Natürlich äußerte die JU sich auch im Vorfeld des 11. Parteitages der CDU im April 2000 in Essen. Im Beschluss »Aufbruch 21« kritisierte die JU "zu Krönungsmessen ritualisierte Parteitage", die mangelnde Einbeziehung der Mitgliedschaft in Entscheidungsprozesse sowie das veraltete Politikverständnis, das dem zugrunde lag. Tenor der Forderungen: Zurück zur Programmpartei – mit mehr Demokratie und neuen Köpfen, strukturelle und inhaltliche Erneuerung. ■

Weitere Beschlüsse

- ▶ Menschenrechte – unsere Verantwortung
- ▶ Abitur nach 12 Jahren
- ▶ Ablehnung der Rente mit 60
- ▶ Abschaffung der Gesamtschule
- ▶ JU im Internet
- ▶ Schwangerenberatung
- ▶ Faktor X – Thesenpapier zur Forschungs- und Technologiepolitik
- ▶ Strukturreform an Hochschulen
- ▶ Tierschutz
- ▶ Leitlinien Drogenpolitik
- ▶ Gentechnik
- ▶ Gesundheitsreform
- ▶ Gleichgeschlechtliche Partnerschaften
- ▶ Ausländerfeindlichkeit

Alle Beschlüsse unter: www.junge-union.de

Baustelle Gesundheitssystem

GEORG MILDE

Auf dem Herbsttreffen des Deutschlandrates in Erlangen hat sich die Junge Union zur Gesundheitspolitik neu positioniert. In dem gefassten Beschluss spricht sich die Junge Union zu mehr Verantwortung des Einzelnen im Gesundheitsbereich aus. »Weniger Regulierung, mehr Wettbewerb und mehr Transparenz« werden gefordert. Alle gesetzlich Versicherten sollen bis zu einer Obergrenze von einem Prozent ihres Einkommens zu zehn Prozent an ihren Gesundheitskosten beteiligt werden und durch ein Bonussystem zur Prävention angehalten werden.

Mit dem CDU-Gesundheitsexperten Ulf Fink MdB (früherer Gesundheitssektor von Berlin) und Ole Wiesinger (Vorstandsmitglied der Euromed AG) diskutierten von Seiten der Jungen Union Bundesvorstandsmitglied Harald Schmitt und Georg Zehle (Arzt im Praktikum, Junge Union Friedrichshafen). Fink plädierte für die Abkehr der staatlichen Planung der stationären Versorgung und für eine breitere Bemessungsbasis bei den Beiträgen für die gesetzliche Krankenversicherung. Anders als die anwe-



Die JU-Vorsitzende Hildegard Müller im Gespräch mit Klaus Hermann MdL, Gerhard Friedrich MdB und Ulla Heinen MdB (von links)

senden JU-Mitglieder sah Fink ein geringes Problembewusstsein der Bevölkerung für die Risiken für die Zukunft des deutschen Gesundheitssystems und, im Gegenteil, eine hohe Zufriedenheit mit dem jetzigen System. Während sich mittlerweile herumgesprochen habe, dass im Bereich der Rentenversicherung niemand um eine höhere Eigenvorsorge



Dr. Markus Söder MdL bei der Diskussion zur Lage der Union

herumkomme, so Fink, sei weitgehend unbekannt, dass der Bevölkerungsaufbau der Bundesrepublik für den Bereich der Gesundheitsversorgung ungleich höhere Belastungen als bei der Rente mit sich brächten. In dieselbe Kerbe stieß Unternehmer Wiesinger, der mit seinem Unternehmen eine integrierte ambulante, stationäre und rehabilitative Versorgung anbietet. Die Euromed AG bietet entsprechend der negativen Prognose für die Leistungsfähigkeiten überhaupt keine Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung sondern nur gegen Privatrechnung an.

Ende der Planwirtschaft

In der von der stellvertretenden JU-Bundesvorsitzenden Tanja Gönner geleiteten Diskussion des Plenums des Deutschlandrats stießen konträre Ansichten zu dem vom Bundesvorstand vorgelegten Papier aufeinander. In dem letztlich fast einstimmig angenommenen Beschluss wurde das Ende der Planwirtschaft im Gesundheitssystem gefordert. Die durch die Gesundheitsreformen der früheren christlich-liberalen Koalition mit den Gesundheitsministern von Geißler bis Seehofer wie auch durch die aktuelle rot-grüne Koalition mit Gesundheitsministerin Fischer geförderte »Vollkasko mentalität« wurde angeprangert. Diese soll ein Ende haben durch den Einzug marktwirtschaftlicher Prinzipien im Gesundheitssystem

wie eine echte Konkurrenz unter den Versicherungsträgern. Außerdem soll gesundheitsförderndes Verhalten durch ein Screening der Bevölkerung (Vorsorgeuntersuchungen) und Impfprogramme gefördert werden.

Der Beschluss des Deutschlandrates beinhaltet auch die Stärkung des Solidaritätsprinzips durch die Konzentration der durch die Allgemeinheit finanzierten Leistungen auf den Kernbereich des medizinisch Notwendigen und durch eine Reform der Umlagefinanzierung. Im letztgenannten Bereich sollen bestehende Ungerechtigkeiten dadurch abgebaut werden, dass neben



Tanja Gönner leitete die Diskussion mit den Referenten Wiesinger und Fink MdB (von links)

dem Lohn und dem Gehalt auch andere Einkommensarten wie Kapitalerträge und Mieteinnahmen zur Beitragsbemessung herangezogen werden.

Der Deutschlandrat sieht im bestehenden Gesundheitsmarkt von jährlich über 500 Milliarden DM noch erhebliche Effizienzreserven. Die von den Staatsanwaltschaften aufgedeckten Einbußen durch Abrechnungsbruch von 20 Millionen DM im vergangenen Jahr seien dabei nur »die Spitze des Eisbergs«. Ein kapitaler Fehler des Systems sei, dass keine externe Kontrolle stattfindet. Nach der derzeitigen Rechtslage werden beispielsweise die Leistungen für ambulante Behandlungen unter den Ärzten von den Ärzten durch die »Kassenärztlichen Vereinigungen« verteilt. Hier müsse ein Qualitätsmanagement durch extern festgelegte Standards Platz greifen. ■

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Sommeruniversität der JU Mecklenburg-Vorpommern

THOMAS WINNING, JU ROSTOCK

Mecklenburg-Vorpommern. Zu den Themen Europa, Chancen und Risiken, geopolitische Rolle, wirtschaftliche Entwicklung und das Verhältnis zu den GUS-Staaten diskutierten die Teilnehmer mit dem JU-Bundesgeschäftsführer Michael Hahn, Heribert Krekel vom Europäischen Informationszentrum

Berlin, Prof. Alfred Gomolka MdEP und besichtigten den Marinestützpunkt Hohen Düne. Der Höhepunkt der diesjährigen Sommeruni an der Ostsee war die Diskussion über die zukünftige geopolitische Rolle der EU und deren Verhältnis zu Russland. Die beiden Referenten, Dr. Wladimir Krievov von der Moskauer

»Lomonossov-Universität« und Christian Kremer, stellvertretender Generalsekretär der EVP, sprachen über die Wirnisse europäischer Außenpolitik und die strategische Positionierung Russlands. Wer es dieses Jahr verpasst hat: 2001 gibt es eine Neuauflage an der Küste Mecklenburg-Vorpommerns. ■

THÜRINGEN



Unter diesem Motto führte die Junge Union Thüringen unter Leitung ihres Landesvorsitzenden Georg v. Witzleben eine flächendeckende Kampagne im Freistaat durch, mit der Aktionen in allen Kreisen und kreisfreien Städten.

Wer Plakate oder Aufkleber bestellen möchte, wnde sich bitte an die JU-Landesgeschäftsstelle unter Telefon 03 61/3 45 92 52



JUNGE UNION
THÜRINGEN

BAYERN

Wasserstoff – Kraftstoff der Zukunft

ARBEITSKREIS UMWELT DER JU BAYERN INFORMIERTE SICH



Bayern (rf). Der Arbeitskreis Umwelt der JU Bayern führte im Juni 2000 eine Informationsveranstaltung in Zusammenarbeit mit BMW über den Wasserstoffantrieb für Automobile durch. Die Veranstaltung zeigte, dass Wasserstoff der Kraftstoff der Zukunft ist.

Verbrennung zu Wasserstoff

In einem unendlichen Kreislauf wird er aus Wasser gewonnen und verbrennt schadstofffrei zu Wasserdampf. Mit Hilfe von regenerativen Energien erzeugt, ist er der sauberste Kraftstoff überhaupt. Jetzt gilt es, die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Antriebsenergie Wasserstoff zu etablieren und der deutschen Industrie im weltweiten Wettbewerb einen Vorsprung zu verschaffen. ■

Im Bild die AK-Leiter: Anja Weisgerber und Manfred Weber

BAYERN

Junge kroatische Bauernpartei lernt von der JU

Zadar (Kroatien) rf. Parlamentspräsident Zlatko Tomcic, zugleich Parteivorsitzender der Bauernpartei (HSS), der Partnerpartei der CSU in Kroatien, dankte dem Referenten der 3. Sommerakademie in Zadar, Andreas Scheuer (Deutschlandrat der Jungen Union Bayern), für seine Ausführungen zu den Themen »Motivation junger Menschen für die Politik« und »Organisationsstrukturen einer Partei«. ■



BERNKASTEL-KUES

Junge Union besucht Karlsbad

Bernkastel-Kues (rg). Die Besiegelung der Städtepartnerschaft zwischen Bernkastel-Kues und dem tschechischen Karlsbad (Karlovy Vary) im Mai diesen Jahres war der symbolische Scherenschnitt auf dem Weg zu einer dauerhaften Freundschaft. Den ersten Schritt dazu hat die JU gemacht: Im Rahmen des deutsch-tschechischen Jugendaustauschs besuchten Mitglieder des JU Gemeindeverbandes Bernkastel-Kues die böhmischen Kurstadt.

Dialog in Karlsbad

Der stellvertretende Oberbürgermeister Maly hatte es sich nicht nehmen lassen die Besucher von der JU persönlich zu empfangen und war neugierig, im Gespräch mehr über die Jugendorganisation und das Leben der Jugendlichen in Bernkastel-Kues zu erfahren. Dank der guten Unterstützung durch die Verkehrsämter der beiden Städte wurde der Besuch in Karlsbad für die JUler zu einem unvergesslichen Erlebnis.



Das Foto zeigt den JU-Kreisvorsitzenden Ralf Glesius (3. v. r.) und weitere JUler beim Empfang im Rathaus von Karlsbad

Neben der Besichtigung der traditionsreichen Glasmanufaktur Moser und der Führung durch das historische Kurzentrum der Stadt, waren es dennoch die Menschen und deren Freundlichkeit, die die Besucher aus Bernkastel-Kues am nachhaltigsten beeindruckten. Der JU Kreisvorsitzende Ralf Glesius verabschiedete sich in Karlsbad

mit dem Versprechen, schon bald wieder zu kehren, jedoch dann mit einer noch größeren Gruppe junger Leute. Ziel der JU Bernkastel-Wittlich wird es künftig sein, einen kontinuierlichen Dialog mit Jugendlichen in Karlsbad zu suchen, der auch von gegenseitigen Besuchen geprägt sein soll, so Ralf Glesius abschließend. ■

ALZEY-WORMS

JU-Unterschriften gegen Ökosteuer

Alzey-Worms (rg). »Unsere Aktion war ein voller Erfolg«, kommentierte JU-Kreisvorsitzender Markus Conrad die Unterschriftensammlung für die Aussetzung der Ökosteuer, die der Kreisverband auf dem Rossmarkt in Alzey startete. Viele Bürgerinnen und Bürger suchten den Stand der Jungen Union auf, um ihrem Ärger gegen diese Steuer Luft zu machen. Aber auch Diskussionen über Sinn oder Unsinn einer Ökosteuer oder andere Wege, die Umwelt zu schützen, wurden geführt.

Die Aktion soll nun auf Rheinhessen ausgeweitet werden. Der Kreisverband Abzey-Worms kann mittlerweile weitere Unterstützung vorweisen. Der CDU-Landes- und Fraktionsvorsit-

zende Christoph Böhr beteiligt, indem er die Unterschriftenlisten der Jungen Union bei Veranstaltungen im ganzen Bundesland verteilt.

Post für Schröder

Da nach Ansicht des JU-Kreisverbandes von dieser bürgerfeindlichen Abgabe keine müde Mark in den Schutz der Umwelt oder in Umweltprojekte fließt, was angesichts des Namens zu erwarten müßte, sondern lediglich eine weitere Einnahmequelle für Eichels Finanzen darstellt, wird die JU bei allen Anlässen um Unterstützung für ihre Aktion werben, um im Herbst möglichst viele gesammelte Unterschriften an Bundeskanzler Schröder schicken zu können.

Gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz belastet diese Abgabe vor allem Familien, Berufspendler, Selbstständige sowie Studenten und Auszubildende, die über gar kein oder nur ein geringes Einkommen verfügen. In den ländlichen Gebieten kann nicht auf den ÖPNV ausweichen oder einfach weniger fahren. »Wir wollen daher den Unmut der Bevölkerung gegenüber dieser Abzockerei kanalisiert durch diese Aktion zum Ausdruck bringen«, so Markus Conrad.

Falls andere JU-Verbände die Aktion der Jungen Union Alzey-Worms unterstützen möchten, können sie die Unterschriftenlisten bei Markus Conrad per Telefon 0 67 32/91 93 29 oder per E-mail ((mc-conrad@gmx.de) anfordern. ■

NEUE-JU-Vorstände

Folgende JU-Vorstände haben der ENTSCHEIDUNG die Neuwahl ihres Vorstandes bekannt gegeben. Schreibt und teilt uns die neuen Namen mit Adressen mit (ju@junge-union.de). JU-Funktionsträger (Ortsvorsitzende, Kreisvorstände) erhalten die ENTSCHEIDUNG kostenlos.

Landesverband Oldenburg:

Vorsitzender Neidhard Varnhorn; **Stellvertreter** Jens Nacke, Börn Thümmler und Lars Schmidt-Berg; **Geschäftsführer** Ralf Dasenbrock; **Schatzmeister** Stephan Theiß; **Pressesprecher** Andreas Rühmkorf; **Beisitzer** Jan-Hendrik Klaps, Alexander Voßmann, Frank Reichelt, Daniela Puls, Claus Holzerkamp, Ansgar Focke, Sonja Büsing, Simone Blömer

Kreisverband Essen:

Vorsitzender Thomas Kobudzinski; **Stellvertreter** Axel Schmidt und Matthias Hauer; **Kassierer** Markus Kögel; **Schriftführer** Nicolas Hullmann; **Beisitzer** Eva Großimlinghaus, Mario Königshofen, Erich Thiedemann, Kai Hemsteeg

Kreisverband Goslar:

Vorsitzender Jochen Neumann; **Stellvertreter** Marcus Schröter und Christian Krappe; **Schatzmeister** Lutz Asmus; **Bildungsreferent** Johannes Faust; **Pressesprecher** Robert Bürger; **Beisitzer** Bastian-Philipp Müller, Florian Schmidt, Daniel Jünke, Ronald Kandel und Tino Fiebig

Kreisverband Hochsauerland:

Vorsitzender Christian Wulf; **Stellvertreter** Dominik Fischer, Matthias Kerkhoff und Anna Rzymelka; **Geschäftsführer** Ulrich Kintrup; **Pressesprecher** Vera Mütherig; **Beisitzer** Björn Allefeld, Ina Blanke, Tobias Clemens, Christoph Daldrup, Nadja Kordel, Oliver Kotthoff, Jens Lohmann, Michael Schauerte, Jörg Schirrey, Marcel Spork, Johannes Trippe und Magnus Vogt

Kreisverband Karlsruhe-Stadt:

Vorsitzende Bettina Augenstein; **Stellvertreter** Sven Maier und Peter Seeburger; **Finanzreferent** Simone Gröner; **Pressereferent** Stephan Reinartz; **Schriftführer** Volker Büge; **Beisitzer** Michael Alteg, Karin Daiß, Benjamin Herz, Alexandra Höhne, Hans-Joachim Hof, Claudius

Kirchenbauer, Karsten Lambrecht, Rainer Raupp, Klaus Sommer, Daniel Thol

Kreisverband Mannheim:

Vorsitzender Claudius Kranz; **Stellvertreter** Dorothea Beetz und Mirijam Pföhler; **Finanzreferent** Steffen Rätzl; **Pressereferent** Bernadette Schmidt; **Schriftführerin** Kerstin Wendler; **Beisitzer** Ralf Wagner, Tatjana Christmann, Cilja Diringler, Wilfried Kreuzer, Philipp Müller, Florian Neuhaus

Kreisverband Potsdam:

Vorsitzender Sebastian Schütze; **Stellvertreter** Olaf Mauga und Stephanie Müller; **Schatzmeister** Matthias Knies; **Geschäftsführer** Paul Döhring; **Beisitzer** Jasna Jurisic und Matthias Seliger

Ortsverband Husum:

Vorsitzender Karsten Jahn; **Stellvertreter** Marco Baschke; **Schatzmeister** Martin Karla; **Geschäftsführerin** Kerrin Jahn; **Beisitzer** Tim Pietrzik und Thorsten Rabeler

Gemeindeverband Schwalbach/Saar:

Vorsitzender Daniel Kirch; **Stellvertreter** Bernd Müller und Alexander Speicher; **Schatzmeister** Roland Rosche; **stellvertretende Schatzmeisterin** Bettina Will; **Schriftführer** Antonio Caramazza; **Pressereferent** Sascha Fink; **Orga-Leiter** Jean Paul Cazzini; **Orga-Team** Markus Lambert, Christian Rupp und Uwe Müller; **Beisitzer** Karen Himbert, Karl-Heinz Heinrich, Robin Simon, Alexandra Heinen, Roman Hirtz, Anke Maurer und Melanie Schmitt

Gemeindeverband Seeheim-Jugenheim:

Vorsitzender Peter Schwitzky; **Stellvertreter** Tim Heineemann; **Schatzmeister** Lena Lindlar; **Geschäftsführerin** Susanne Bubenzer; **Schriftführer** Kilian Schmidt; **Referent für Organisation** Bernhard Bungert; **Referent für Öffentlichkeitsarbeit** Uli Schetter; **Referent für Mitgliederbetreuung** Henning Schildgen

Impressum

Herausgeber:
Bundesvorstand Junge Union Deutschlands,
Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87- 20,
Email: ju@junge-union.de,
Homepage: <http://www.junge-union.de>

Redaktionsbüro:
DIE ENTSCHEIDUNG, Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87- 20,
Email: die@entscheidung.de,
Homepage: <http://www.entscheidung.de>

Redaktioneller Beirat:
Michael Hahn (Bundesgeschäftsführer),
Catrin Hannken (Mitglied im Bundesvorstand)
Harald Schmitt (Mitglied im Bundesvorstand)

Chefredakteur: Philipp Mißfelder

Redaktion: Steffen Bilger, Martin Blach Andrea Brieger,
Roberto Fleißner, Torsten Geilling, Olaf Klaukien, Jan-H.
Klaps, Frauke Kröger, Christine Loerke, Stefan Lower,
Peter Meyer, Georg Milde, Christian Müller, Volker Nies,
Michael Panse MdL, Markus Pösentrup, Ralf Pötter
(online-Ausgabe), Dr. Andreas Püttmann, Heiko Rottmann,
Nicolai Schenk, Andreas Schwegel, Vassilios Theodossiou,

Stephan Titze, Kristin Vorpahl, Ralf Weidner,
Jan-Gernot Wichert, Henryk Wichmann,
Sebastian Wolff

Verlag:
Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 82-0, Fax (0 24 72) 8 22 29.

Druck: Weiss Druck

Layout & Satz: Union Betriebs-GmbH, Rheinbach

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder. Erscheinungsweise monatlich. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Titelfoto:
Frank Ossenbrink

Bildnachweis:
JU-Archiv, UBG, CDU